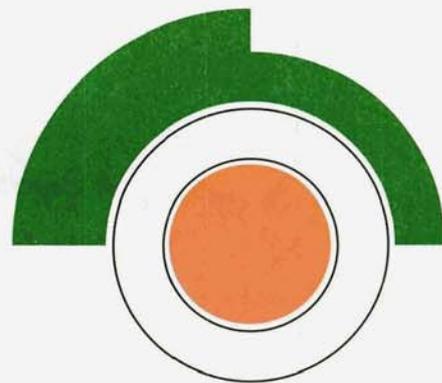


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 18



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 23. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 3. 11. 1992

## WORT UND WIDERWORT

### Müssen Gesetze zur Bekämpfung des Rechtsextremismus geändert werden?

Die SPD-Landtagsfraktion habe keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Auffassung der Landesregierung teile, wonach es zu einer wirksamen Bekämpfung des Terrors von rechts keiner neuen, schärferen Strafgesetze, sondern einer raschen und konsequenten Anwendung der geltenden gesetzlichen Vorschriften bedürfe. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Dr. Dieter Haak** zu der Frage, ob zur Bekämpfung des Rechtsextremismus Gesetze geändert werden müßten. Der CDU-Abgeordnete **Heinz Paus** betont, die polizeilichen Erfahrungen von Rostock, Hoyerswerda und anderen Schauplätzen rechtsextremistischer Gewalttaten zeigen, daß das gesetzliche Instrumentarium nicht ausreiche, um die Krawalle schnell und wirksam unterbinden zu können. Man brauche dringend eine Ergänzung des Landfriedensbruchparagrafen des Inhalts, daß derjenige, der sich auf Aufforderung nicht aus einer gewalttätigen Menge entferne, strafbar werde. Der F.D.P.-Abgeordnete **Heinz Lanfermann** weist darauf hin, grundsätzlich reichten die Gesetze zur Bekämpfung des Extremismus aus. Aber die Vollzugsdefizite lägen auf der Hand. In der jetzigen Situation könne die Generalprävention der Strafe nur wirken, wenn den Gewalttätern schnell und deutlich vor Augen geführt werde, mit welchen Strafen sie zu rechnen hätten. Jetzt sei Handeln von Justiz und Polizei gefragt. Der Grünen-Abgeordnete **Roland Appel** unterstreicht, die geltenden Gesetze reichten aus, würden sie nur angewendet. Gesellschaftliche Probleme wie Rechtsextremismus seien eh nicht vornehmlich mit strafrechtlichen Mitteln zu lösen. Jugendstrafvollzug habe eine Rückfallquote von 80 Prozent — damit seien keine falschen Ideen aus der Welt, sondern schlimmstenfalls Märtyrer und neue Opfer geschaffen. (Seite 2)

### Landesregierung begrüßt Finanzhilfe für Aufforstung Schub durch EG-Agrarpolitik

Die Landesregierung begrüße das Angebot der EG-Kommission, die Erstaufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen stärker als bisher finanziell zu unterstützen. Das geht aus der Antwort des Umweltministeriums auf die Große Anfrage 11 der CDU-Fraktion zu Aufgaben und Funktionen des Waldes in NRW hervor.

Die CDU weist in ihrem Papier darauf hin, die Aufforstung werde durch die EG-Agrarpolitik einen neuen Schub erfahren. Insbesondere die für einen Zeitraum von 20 Jahren in Aussicht gestellten jährlichen Flächenprämien machten die Umwidmung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen zu Wald für die Eigentümer wirtschaftlich interessant.

Die Landesregierung gehe davon aus, daß in der Anlaufphase nicht mehr als 400 Hektar erstaaufgeforstet würden, heißt es in der Antwort. Das wäre immerhin etwa das Dreifache der Fläche, die im abgelaufenen Jahr gefördert worden sei.

Auf die Frage, welchen finanziellen Aufwand dieses EG-Aufforstungsprogramm fordern werde, teilt das Ministerium mit, je Hektar würden sich die durchschnittlichen Kosten auf 10 000 Mark belaufen, wobei der Grund-

eigentümer 2000 Mark aufzubringen habe. 8000 Mark fielen auf die Förderung. Von diesen Investitionsförderungsmitteln kämen 3600 Mark vom Bund, 2000 Mark von der EG sowie 2400 Mark vom Land.



Unser Europa muß schöner werden

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

## Die Woche im Landtag

### Filmstiftung

Die Filmstiftung des Landes soll dazu beitragen, daß NRW filmproduktionstechnisch mit Hamburg, Berlin und München mithalten kann. (Seite 3)

### Kollegenschulversuch

Noch in diesem Jahr will der Kultusminister den Sachstandsbericht zum Modellversuch Kollegenschule vorlegen. Die Fraktionen haben die Veröffentlichung mit Nachdruck angemahnt. (Seite 5)

### Bürgerrechte

Eine lebhafte Aussprache ergab sich bei der ersten Lesung eines F.D.P.-Gesetzentwurfs zu Kommunalreformen. (Seite 7)

### Gewalt

Gewaltdarstellungen im Fernsehen, Gewalt in der Schule: Die Fraktionen wollen sich in den Ausschüssen künftig verstärkt mit der Zunahme von Gewalt auseinandersetzen. (Seite 12)

### Maastricht

SPD, CDU und F.D.P. wenden sich gegen einen Antrag der Grünen, auch in Deutschland eine Volksabstimmung über den Vertrag von Maastricht durchzuführen. (Seite 13)

### Fluggastkontrolle

Einstimmig sprachen sich die Verkehrspolitiker gegen eine Privatisierung des Fluggastkontrolldienstes zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus. (Seite 17)

## WORT UND WIDERWORT

# Rechtsstaat muß Wehrhaftigkeit unter Beweis stellen

Von  
Dr. Dieter Haak

In der Landtagsdebatte am 14. Oktober 1992 über die Regierungserklärung zum Rechtsextremismus hat die SPD-Landtagsfraktion keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Auffassung der Landesregierung teilt, wonach es zu einer wirksamen Bekämpfung des Terrors von rechts keiner neuen, schärferen Strafgesetze, sondern einer raschen und konsequenten Anwendung der geltenden gesetzlichen Vorschriften bedarf.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Bundesinnenminister seine bisherige Gegenposition auf der Jahrestagung des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden am 20. Oktober 1992 mit seiner Feststellung relativiert hat, das Täterpotential ließe sich erheblich verringern, wenn die Länder von den vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten unterschiedener Gebrauch machten. Ausdrücklich hat der Bundesinnenminister dabei auf „befristete

### SPD: Das geltende Recht rasch und konsequent anwenden

und räumlich begrenzte Demonstrationsverbote“, die Vorbeugehaft „zur Verhinderung von Straftaten“ sowie die „Gewahrsamnahme zur Durchsetzung eines Platzverweises“ hingewiesen. Was die von ihm nach wie vor aufrechterhaltene Forderung nach einer Ergänzung des Straftatbestandes des Landfriedensbruchs (§ 125 StGB) betrifft, um damit auch Personen belangen zu können, die nicht selbst Gewalt ausüben, sich aber trotz polizeilicher Aufforderung nicht aus einer Menschenmenge entfernen, so hat Landesinnenminister Schnoor im Bundestag am 8. Oktober 1992 darauf aufmerksam gemacht, daß der Einsatz von polizeilichen Festnahmegruppen zur Ergreifung von aus einer Menge heraus operierenden Gewalttätern zum einfachen ABC der Innenminister und der Polizei gehört. Wer solche Straftäter unterstützt — auf welche Weise auch immer —, macht sich der Beihilfe schuldig.

Nicht unerwähnt bleiben darf auch, daß der öffentlich oder in einer Versammlung praktizierte Hitlergruß strafrechtlich sanktioniert ist (§ 86 a Absatz 2 i. V. m. Absatz 1 Nr. 1 StGB).

Von  
Heinz Paus

Die Bundesrepublik Deutschland erlebt zur Zeit eine Welle von Gewalttaten rechtsextremistischer Skinheads gegen Asylbewerber und deren Wohnungen. Die polizeilichen Erfahrungen von Rostock, Hoyerswerder und anderen Schauplätzen rechtsextremistischer Gewalttaten zeigen, daß das gesetzliche Instrumentarium nicht ausreicht, um die Kravalle schnell und wirksam unterbinden zu können. Straftäter, die am Vortag von der Polizei unter Einsatz von Leib und Leben verhaftet wurden, tauchen am nächsten Tag an derselben Stelle wieder auf und beteiligen sich erneut an Ausschreitungen. Verurteilungen sind kaum möglich, da jedem einzelnen nachgewiesen werden muß, welchen Stein er gegen welches Ziel mit welchem Ergebnis geworfen hat. Wir brauchen daher dringend eine Ergänzung des Landfriedensbruchsparagraphen des Inhalts, daß derjenige, der sich auf Aufforderung nicht aus einer gewalttätigen

### CDU: Asylmißbrauch eindämmen

Menge entfernt, strafbar wird. Weiterhin muß das in Bayern, Hamburg, Bremen und Baden-Württemberg bewährte Instrument des „Unterbindungsgewahrsams“ auch in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden, damit gewaltbereite Randalierer zur Unterbindung der Fortsetzung ihrer Aktionen für längere Zeit in Gewahrsam genommen werden können.

Diese Maßnahmen sind jedoch im Endeffekt nur ein Kurieren an den Symptomen, nicht jedoch an den Ursachen des Rechtsextremismus. Wie selbst Innenminister Schnoor erkannt hat, besteht ein wesentlicher Zusammenhang zwischen Asylmißbrauch und Rechtsextremismus. Nur wenn es uns gelingt, den Asylmißbrauch in der Bundesrepublik Deutschland wirksam einzudämmen, werden wir den rechtsextremistischen Rattenfängern und ihren Hilfstruppen endgültig den Nährboden entziehen und den inneren Frieden wiederherstellen können. Bis dieses Ziel erreicht ist, ist es jedoch zwingend geboten, daß der demokratische Rechtsstaat seine Wehrhaftigkeit nach innen unter Beweis stellt.

Von  
Heinz Lanfermann

Die Frage, ob Gesetze zur Bekämpfung des Rechtsextremismus geändert werden müssen, ist weder apodiktisch mit Ja noch mit Nein zu beantworten. Die wichtigste Frage heißt jetzt, warum wird nicht mit aller Entschlossenheit gehandelt? Falsch wäre es, Vorschläge für Gesetzesänderung pauschal und das möglichst sofort zurückzuweisen und ihnen gar das Etikett anzuhängen, der Vorschlag habe wieder einmal einen Anschlag auf die Freiheit des Bürgers, die Grundrechte oder den Rechtsstaat im Sinn. Auch ein Vorschlag, z. B. zur Änderung des Strafrechts beim Landfriedensbruch hat Anspruch auf eine vorurteilsfreie Prüfung, wie dies zuletzt noch Rudolf Wassermann, prominenter sozialdemokratischer Jurist mit ernstzunehmenden Argumenten dargelegt hat, warum sich die in den 70er Jahren vorgenommene Änderung des Landfriedensbruchs nicht bewährt habe.

### F.D.P.: Weder Aktionismus noch Nichtstun angesagt

Grundsätzlich reichen die Gesetze zur Bekämpfung des Extremismus aus. Aber die Vollzugsdefizite liegen auf der Hand. Man kann auch sagen, die Vollzugsdefizite werden uns jeden Tag sichtbar im Fernsehen vorgeführt. Niemandem kann es gefallen, wenn wir im Fernsehen verfolgen können, daß bei einer von Polizeibeamten begleiteten Demonstration in Dresden vielfach der Hitlergruß gezeigt wird und dieses strafbare Verhalten ohne Konsequenzen bleibt und niemand einschreitet.

Oder wofür haben wir jahrelang über die Frage des Vermummungsverbotes gestritten, wenn wir heute feststellen, daß trotz Strafbarkeit die Polizei gegen vermummte Chaoten nicht einschreitet.

Zur Frage der Vollzugsdefizite gehört es auch, was konkret getan wird, um Straftäter der Gewaltszene einer schnellen Verurteilung zuzuführen. In der jetzigen Situation kann die Generalprävention der Strafe nur wirken, wenn den Gewalttätern schnell und deutlich vor Augen geführt wird, mit welchen Strafen sie zu rechnen haben. Jetzt ist Handeln von Justiz und Polizei gefragt.

Von  
Roland Appel

Über 1000 immer brutalerer rassistische Überfälle 1992, Antisemitismus lebt wieder auf. Das ist wahrhaft keine hohe Stufe der Zivilisation. Aber bedarf es deswegen neuer Gesetze gegen den Rechtsextremismus? Wenn die Ursachen dieser Entwicklung benannt werden, dann wird klar, daß es nicht an fehlenden gesetzlichen Instrumenten liegt. Zu denken ist zunächst daran, daß die CDU/CSU landauf, landab solange gegen Asylrecht und Flüchtlinge gehetzt hat, bis das Problem herbeigeredet war. Mit Worten wie „Wirtschaftsschmarotzer aus der ganzen Welt“ (Max Streibl, bayrischer Ministerpräsident) oder „Asylschwindel; Asylanparadies NRW“ (Helmut Linssen, CDU) wurde Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit herbeigeredet. So konnten die Täter glauben, sich wie Fische im Wasser bewegen zu können. Allerdings stößt das bei immer mehr Menschen auf Abscheu und Gegenwehr.

### DIE GRÜNEN: Grundrechte verteidigen ohne neue Strafgesetze

Ertappt, funktionierten die verbalen Brandstifter die Innenministerkonferenz im Oktober in ein Schmierentheater der Heuchelei um und legten dort einen Katalog zur Aushöhlung von bürgerlichen Freiheitsrechten vor, deren Mittel durchweg untauglich, verfassungswidrig, aber vor allem antidemokratisch sind. Lauschangriffe, Polizeisondereinheiten oder die Rückkehr zum Versammlungsrecht der fünfziger Jahre verhindern keine rechtsextremistischen Straftaten. Die geltenden Gesetze reichen aus, würden sie nur angewendet!

Gesellschaftliche Probleme wie Rechtsextremismus sind eh nicht vornehmlich mit strafrechtlichen Mitteln zu lösen. Jugendstrafvollzug hat eine Rückfallquote von 80 Prozent — damit sind keine falschen Ideen aus der Welt, sondern schlimmstenfalls Märtyrer und neue Opfer geschaffen.

Die Demokratie kann nur von Demokraten mit demokratischen Mitteln verteidigt werden. Deswegen wird die bundesweite Demonstration am 14. November in Bonn für den Erhalt der Grundrechte und des Artikels 16 sicher mehr bewegen als jede Strafrechtsverschärfung.

## Hauptausschuß beriet Einzelhaushalte — Schwerpunkt bei Kapitel „Medien“

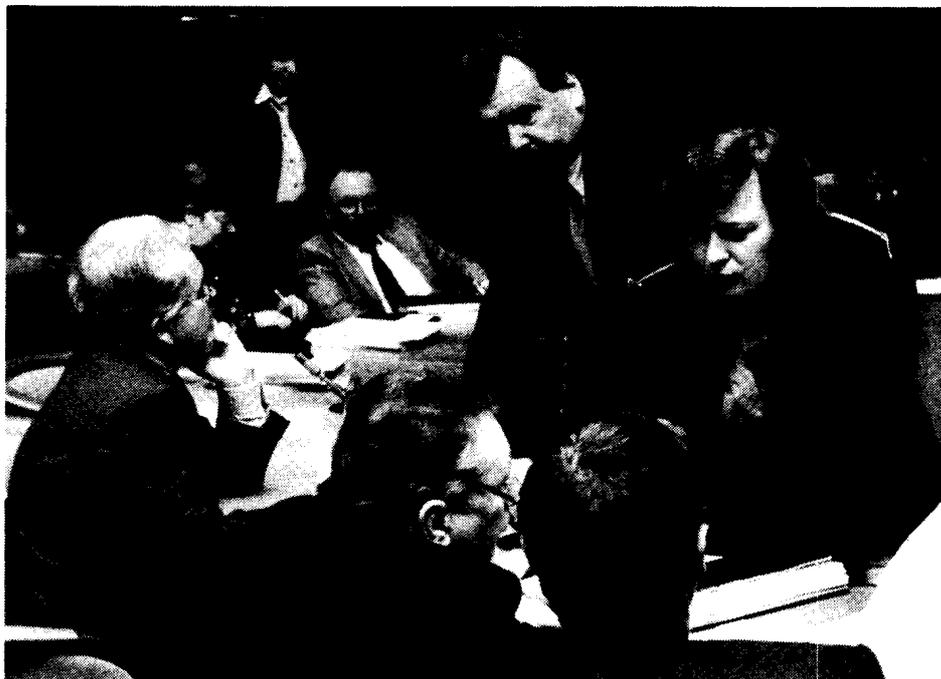
# Angesichts des Rechtsextremismus ist NRW auf außerschulische politische Bildung angewiesen

Der Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) hat am vergangenen Donnerstag die Beratungen der Einzelhaushalte des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei (02), des Ministeriums für Bundesangelegenheiten (09) sowie des Landtags (01) fortgesetzt. Bei der Erörterung des Staatskanzleietats löste das Kapitel „Medien“ eine lebhafte Diskussion aus.

CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi kritisierte die Höhe der avisierten Mittel für die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH. Bereits im letzten Jahr sei dieser Titel auf 15 Millionen Mark „explodiert“. Die CDU halte es nicht für angemessen, daß darüber hinaus in diesem Jahr eine weitere Steigerung um 1,7 Millionen Mark stattfindet. „Der Status quo wäre das Äußerste“, meinte die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende. „Für mich ist das auch ein bißchen abenteuerlich“, stellte die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Bärbel Höhn, fest. Sie folgerte: „Das sind ja Riesensummen! Ich möchte mal wissen, was Sie da inhaltlich machen wollen.“

Der Sprecher der Staatskanzlei, Leitender Ministerialrat Dieter Bopp, führte zwei Ursachen für die Anhebung an. WDR und Land würden je zu 50 Prozent die Mittel für die Filmstiftung aufbringen. Eine kontinuierliche Steigerung sei damit bei der Gründung angelegt worden. Der jetzige Grund: Die Rundfunkgebühren seien zum 1. Januar 1992 um 20 Prozent angehoben worden. Dadurch sei ein zusätzlicher Steigerungsfaktor zustande gekommen. Das werde sich künftig so nicht wiederholen. Allenfalls sei mit minimalen Steigerungen zu rechnen. „Sie rechtfertigen es nur formal, nicht inhaltlich“, schloß Frau Höhn. Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann vertrat die Ansicht: „Es ist ein Teufelskreis. Es kommen höhere Einnahmen, und die werden verbraten.“ Man habe sich haushaltsrechtlich in einen Automatismus begeben und sehe keine Gegenleistung. Die stellvertretende F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Marianne Thomann-Stahl sagte, sie habe nur verstanden, warum die Mittel erhöht würden. Sie könne dem jedoch nicht entnehmen, wofür sie erhöht werden sollten.

Dieter Bopp entgegnete darauf, die Begründung für die Filmstiftung sei die, es solle versucht werden, nachdem bisher die Schwerpunkte der Produktion sowohl bei den privaten wie bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten in der Vergangenheit nach Hamburg, Berlin und München gegangen seien, mit dieser Stiftung ein zusätzliches Förderinstrument zu schaffen, um eine filmproduktionsstechnische Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen aufzubauen. Dabei seien bereits Erfolge erzielt worden. Bopp verwies darauf, daß die Mittel für 1991 voll verbraucht seien. Für 1992 seien bisher rund 13 Millionen Mark von der Filmstiftung abgerufen worden und an Projekte weitergegangen. Es zeige sich schon, daß nicht alle Anträge in diesem Jahr voll befriedigt werden könnten. „Wir müssen Anträge schieben, sagte der Sprecher.



Interfraktioneller Gedankenaustausch zu Beginn der Sitzung: v.l. Helmut Hellwig, Helga Giesselmann, Birgit Fischer, Manfred Bruckschen, Professor Dr. Friedhelm Farthmann (alle SPD), Lothar Hegemann (CDU), Jürgen Büssow (SPD) und Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN).  
Foto: Schüler

Der Ansatz von 400 000 Mark für das Filmfestival Nordrhein-Westfalen rief ebenfalls eine kritische Stellungnahme der Opposition hervor. Eine Steigerung um 30 Prozent sei mit Blick auf die Finanzen des Landes nicht vertretbar. Der Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger (SPD), in dessen Heimatstadt das Festival stattfindet, hielt dem entgegen, das Filmfestival sei zwar auf einem guten Weg. Es leide aber von Anfang an unter seiner geringen finanziellen Ausstattung. Burger meinte sogar, auf das Land könne man sich nicht verlassen. Im ersten Jahr sei die Stadt Köln mit 800 000 Mark eingestiegen, im zweiten Jahr habe Köln wiederum 800 000 aufbringen müssen. Ein solches Filmfestival sei nicht unter 2,5 Millionen Mark zu gestalten. Der SPD-Abgeordnete hoffte, daß Köln auch 1993 wieder die gleiche Summe bereitstellen könne, hatte aber seine Zweifel. 400 000 Mark vom Land seien noch viel zu wenig angesichts des Umstandes, daß die übrigen 1,3 Millionen Mark noch in den Sternen stünden. Da seien Stadt und Land in der Verantwortung. Man könne nicht ein Filmfestival veranstalten und sagen, das dürfe nichts kosten.

Bei seiner Aussprache beschäftigte den Hauptausschuß ferner das Problem der Finanzierung der politischen Bildung. Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig wies auf die Problematik hin, daß bei zunehmend niedrigeren Prozentsätzen bei den Zuschüssen zur politischen Bildung immer noch weitere Träger anerkannt würden. Der SPD-Sprecher im Ausschuß, Jürgen Büssow, unterstrich die Bedeutung der politischen Bildung auch in angespannter haushaltspolitischer Situation. Man sei auf eine funktionierende außerschulische politische Bildung angewiesen. Büssow führte den zunehmenden Rechtsextremismus an. Er sprach sich

dafür aus, die Mittel für die Landeszentrale für Politische Bildung um eine Million Mark zu erhöhen und erhoffte Übereinkommen bei diesem Antrag. Unterstützt wurde er von Grünen-Sprecherin Höhn. Die Grünen hätten Erhöhung gefordert, weil sie die Engpässe sähen. Der Leiter der Landeszentrale, Dr. Günther Wichert, berichtete, daß die Personalkostenanteile nur einmal strukturell erhöht worden seien.

Die Diskussion über politische Bildung ging in die Aussprache über den Etat des Wissenschaftszentrums über. Ruth Hieronymi war nicht damit einverstanden, daß hier der Ansatz um 500 000 Mark erhöht werden solle. Unter Hinweis auf die Bedeutung der politischen Bildung in einer Zeit der Gewalt bei den Jungen müsse man Prioritäten setzen. Es sei nicht an der Zeit, für eine Million Mark zwei Kongresse zusätzlich durchzuführen. Mit den Mitteln müsse vielmehr ein Mindestmaß an Verbesserungen für die politische Bildung erreicht werden. Das sei wichtiger als der Kongreß „Kultur und Technik im 21. Jahrhundert“.

Bei der Erörterung des Einzelhaushalts des Ministeriums für Bundesangelegenheiten teilte Ausschußvorsitzender Reinhard Grätz mit, der Minister für besondere Aufgaben Wolfgang Clement (SPD) habe ihm in einem Brief mitgeteilt, daß das Grundstück des Schaumburger Hofes in Bonn inzwischen von der WestLB veräußert worden sei. Der Schaumburger Hof in Bonn-Plittersdorf, ein historisches Gasthaus, war Anfang 1991 von der Landesregierung erworben worden, um darin ein Tagungs- und Gästezentrum für die Landesregierungen von NRW und Brandenburg einzurichten. Durch den Beschluß des Bundestages vom 20. Juni 1991 war dieses Vorhaben hinfällig geworden.

## Unterschiede in der Wertung des Parteienkompromisses im Gesundheitswesen

*Auf Antrag der SPD-Fraktion hat sich der Landtag am 16. Oktober im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit den Auswirkungen befaßt, die der erzielte Kompromiß zum Gesundheitsstrukturgesetz auf NRW hat.*

**Wolfram Kuschke** (SPD) betonte, daß es bei den Eckwerten zum Gesundheitsstrukturgesetz gelungen sei, einen parteienübergreifenden Grundkonsens zu erzielen — damit gewinne der demokratische und soziale Rechtsstaat ein Stück Glaubwürdigkeit zurück. Es sei zu überlegen, ob man nicht auch bei der Pflegeversicherung zu einem solchen Konsens gelangen könnte. Für die schwer gebeutelten Ortskrankenkassen im Lande bringe der Risikostrukturausgleich eine Entlastung. Die Gesundheitsstrukturreform sei für Erhalt und Sicherung des Industriestandorts NRW wichtig. Die Eckwerte böten die Chance zur Konsolidierung und Weiterentwicklung des Gesundheitssystems und zu einem fairen Wettbewerb der Krankenkassen untereinander.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) stellte die Auswirkungen auf den Krankenhaussektor in den Mittelpunkt: Es sei erreicht worden, daß die Krankenhäuser unter dem „Kosten-deckel“ lebensfähig blieben. Der Kompromiß sollte richtungweisend auch in anderen Bereichen der Politik sein, fand der Sprecher und unterstrich die erreichte Kombination von „Sofortbremsung und Strukturreform“. Die Opfer würden gerecht verteilt, und zudem sei die bislang starre Trennung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung überwunden worden. Arentz gab zu

bedenken, ob die ab 1999 vorgesehene Begrenzung des ständigen Anstiegs der Ärztezahlen wie im Lahnsteiner Kompromiß verabredet über die Krankenkassen geschehen solle oder ob der Landtag nicht die Studienkapazitäten in Medizin verringern soll, denn es mache keinen Sinn, in einem Bereich auszubilden, der hinterher nicht genügend Stellen biete.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) lobte an der Reform die Aufhebung des Selbstkostendeckungsprinzips in der Krankenhausfinanzierung: Dafür habe sich die F.D.P. schon lange eingesetzt. Außerdem könne der zweigeteilte Arzneimittelmarkt wieder zusammengeführt werden. Zudem sei es wichtig, daß die Beitragsbemessungs- und die Pflichtversicherungsgrenze erhalten blieben, sonst seien die Privaten Versicherungen zu bloßen Zusatzversicherungen herabgestuft worden. Sofort zu korrigieren seien die enormen Beitragserhöhungen für Rentner, die vorgesehenen Kürzungen bei den Erstattungen für die Zahntechniker seien existenzgefährdend, Zweifel am zunächst vorgesehenen Regelwahlleistungskonzept durch die direkte Ausgrenzung medizinisch nicht notwendiger Leistung seien angebracht. Er, Lanfermann, sehe, daß der „Flickenteppich von Änderungen“ nicht lange halten werde, es handle sich hier nur um einen weiteren Schritt in die Sackgasse und — damit schloß der Redner — um ein Lehrspiel für alle, die an eine Große Koalition dächten.

**Daniel Kreutz** (DIE GRÜNEN) stufte den

Kompromiß von Lahnstein als nicht verantwortbar ein. Er sei, bei allen positiven Einzel-elementen, immer noch die „Ausweitung der unsozialen Kostenabwälzung auf Kranke“, er sei zudem durch „einen gesundheitspolitisch kontraproduktiven Sparzwang bei der Krankenhausversorgung und die fortgesetzte Verdrängung des Strukturproblems Nummer eins, der Rolle des Gesundheitswesens als nachrangigem Reparaturbetrieb einer krankmachenden Gesellschaft“ gekennzeichnet. So gehe also die „Demontage der solidarischen Absicherung der Krankheitsrisiken“ weiter, der Marsch in die Zwei-Klassen-Medizin werde fortgesetzt. Mit Lahnstein habe sich die SPD erneut aus ihrer Verantwortung für die Formierung einer sozialen Opposition gegen die Bundesregierung verabschiedet.

**Dr. Rolf Krumsiek** (SPD), amtierender Gesundheitsminister, stellte fest: „Die Ergebnisse von Lahnstein eröffnen den Weg der gesetzlichen Krankenversicherung als einem der zentralen Eckpfeiler unserer sozialstaatlichen Ordnung, Perspektive und Stabilität für die Zukunft zu vermitteln.“ Damit werde die These von der mangelnden Einigungs- und Handlungsfähigkeit der Politik für einen zentralen Bereich unserer innenpolitischen Entwicklung widerlegt, betonte der Minister; die SPD habe deutlich gemacht, daß Strukturformen im sozialen Bereich nicht gegen sie möglich seien. Sie werde jetzt darauf zu achten haben, daß die Eckpunkte in Gesetzesnormen umgewandelt werden müssen und dabei „kein Jota von unserem Willen abgeändert wird“.

## Liberaler Entwurf Neutralitätsgesetz nimmt Hürde nicht

*In direkter Abstimmung hat der Landtag am 16. Oktober den in erster Lesung behandelten Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion (Drs. 11/4456) abgelehnt, mit dem die Fraktion die Neutralität von Landesbeamten sicherstellen wollte. Die vom Ältestenrat vorgeschlagene Überweisung an den Ausschuß für Innere Verwaltung kam nicht zustande.*

**Dr. Achim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, begründete die Wiedervorlage des Gesetzentwurfs mit jüngsten Vorfällen, die bewiesen hätten, daß die „unverbindlichen Empfehlungen“ des Ministerpräsidenten gegen die Indienstnahme von Beamten für Zwecke von Fraktionen und Parteien und nicht für Zwecke der Allgemeinheit nicht ausreichend seien und deswegen in Gesetzesform umgesetzt werden müßten. Es gehe bei diesem Neutralitätsgesetz nicht darum, daß kritische, phantasievolle und kreativ arbeitende Beamte in der SPD seien, sondern darum, daß hier im Lande dabei eine „kritische Masse“ überschritten worden sei. Das führe zu „monopolartigen Auswüchsen“. Diese „Marktbeherrschungsgefahr“ verleite die SPD dazu, „ständig Mißbrauch mit dem Staatsapparat zu betreiben“. Das brächten absolute Mehrheiten nun einmal so mit sich.

**Egbert Reinhard** (SPD) machte auf den demokratischen Wählerwillen aufmerksam: Er habe zu dieser Einparteienregierung im Lande geführt, die die F.D.P. als „Einparteienstaat“ unverantwortlich denunziere. Zudem sei es ein normaler Vorgang, wenn sich ein Minister mit Mitarbeitern seines Vertrauens umgebe, die dann seine Politik in Regierungshandeln umsetzen. Reinhard sah keinen Bedarf für eine neue Regelung: die bestehenden Gesetze und Vorschriften reichten aus und seien eindeutig und klar. Mit ihrem Gesetzentwurf unterstelle die F.D.P., „daß Beamte dieses Landes bewußt die Verfassung brechen und gegen das Gesetz verstoßen — ein unhaltbarer und ungeheuerlicher Vorwurf“. Wenn man die Neutralität sicherstellen wolle, dann sollte man im Bund aktiv werden, „dort sitzen Sie in der Regierung“. So jedenfalls sei der erneute Versuch untauglich, vergifte das Klima und werde der Arbeit der Beamtinnen und Beamten in unserem Lande nicht gerecht.

**Heinrich Meyers** (CDU) stimmte der Überweisung zu, da seine Fraktion trotz der klaren Gesetzeslage keine Hinweise dafür sehe, „daß die Regierung und die Mehrheitsfraktion bereit sind, ihre Marschroute zum Positiven zu ändern“. Sie tue vielmehr so, „als sei die Welt in Ordnung und diese ganze Misere, in die Sie sich bugsiert haben, die Erfindung einer böswilligen Opposition“. Trotz einer Pleite wie dem Heinemann-Rücktritt sei die SPD nicht bereit, Fehler einzugestehen und endlich Ernst mit dem zu

machen, „was der Ministerpräsident mit seinen Hinweisen zur Aufgabenerfüllung im öffentlichen Dienst am 26. September 1991 aufgetragen hat“. Kristallisationspunkt des F.D.P.-Antrags sei die landesweite Diskussion „um Filz, Ämterpatronage, Parteibuchwirtschaft oder Verwischung der Strukturen des Gewaltenteilungsprinzips“.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) hielt die Klärung der Pflicht der Landesbediensteten zu parteipolitischer Neutralität für dringend erforderlich. Darum unterstütze seine Fraktion die Intention des Gesetzentwurfs. Das Problem sei aber nicht auf NRW beschränkt, es treffe für den Bund und die anderen Länder ebenso zu. Hier herrsche die Regel: „Es gibt in der ganzen Republik kein Amt, das nicht auch nach Parteikriterien besetzt wird.“ Das Problem sei, daß die Parteibuchwirtschaft im geheimen blühe. Ein wichtiges Problem stelle der Status des Beamten auf Lebenszeit dar, fuhr Vesper fort, es sei widersinnig, dem Personal ab Gruppenleiter- oder Abteilungsleitersebene diesen Status zu verleihen, anstatt sie auf Zeit in ihrer Funktion zu belassen, bis die bisherige Opposition die Verantwortung übernehme. Dann kämen die Bediensteten der früheren Opposition in den Regierungsdienst.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) kündigte an, seine Fraktion werde diesen Gesetzentwurf so lange einbringen, bis „Sie bereit sind, nach einer ersten Lesung die Beratungen in den Ausschüssen aufzunehmen“.

Fortsetzung Seite 11

## Fraktionen drängen auf Berichtsvorlage

*In direkter Abstimmung hat der Landtag am 15. Oktober den gemeinsamen Antrag von CDU und F.D.P. (Drs. 11/4457) abgelehnt, die Regierung halte aus „Angst vor der Wahrheit“ den Abschlußbericht Modellversuch Kollegschule zurück. Angenommen wurde der grüne Entschließungsantrag (Drs. 11/4506), die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung der Kollegschule als Regelschule bald zu schaffen.*

**Heinrich Meyers** (CDU) fragte den Kultusminister, warum er nicht endlich die Katze aus dem Sack lasse, „wenn sie doch so prächtig anzuschauen ist“? Ob der Bericht etwa viele der Bedenken gegen die Kollegschule teile, daß sie aus finanziellen und pädagogischen Gründen ihrem Anspruch nicht gerecht werde und das bewährte duale System im hohen Maße gefährde? Die fragwürdige Situation des derzeitigen Schulwesens in NRW dürfe durch die zögerliche Haltung des Kultusministers nicht zusätzlich belastet werden. Weiteres Zögern sei eine Unterlassungssünde, deren sich die CDU nicht zeihen lassen wolle. Darum solle Schluß sein mit der „unverantwortlichen Verweigerungshaltung“ gegenüber Parlament und Beteiligten; nach 15 Jahren Modellversuch müsse der Bericht endlich auf den Tisch.



*Auf ihrer Reise durch Deutschland besuchte Isabel Sanchez (M.), Leiterin der Erwachsenenbildung in Ciudad Sandino (Nicaragua), zusammen mit Frauen des Nicaragua-Vereins in Düsseldorf auch den Landtag NRW. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (3. v.l.) empfing die Delegation im Beisein der Abgeordneten Brigitte Speth (SPD, 2. v.l.) und des Nord-Süd-Beauftragten der Landesregierung, Jürgen Schroer (l.). Bei einem gemeinsamen Mittagessen wurden die Probleme der schulischen und beruflichen Ausbildung in Nicaragua erörtert. Isabel Sanchez sucht Unterstützung für ihr Projekt, das für viele Menschen in Ciudad Sandino die einzige Chance ist, eine Ausbildung zu erhalten.*

**Andreas Reichel** (F.D.P.) wandte ein, nur eine verschwindend geringe Minderheit sei vom Kernziel des Versuchs, doppelt qualifizierende Bildungsgänge anzubieten. Nach vielen Jahren der Entscheidungslosigkeit werde es nun Zeit, den Bericht vorzulegen. Reichel unterstrich das Interesse an der Neuordnung des beruflichen Bildungswesens und an der attraktiveren Gestaltung der Berufsausbildung. Wenn der Kollegschulversuch die Augen dafür geöffnet hätte, daß der Weg zu einer Studienqualifikation auch über den beruflichen Weg führen könne, „hätte er sogar einen sinnvollen Zweck erfüllt“.

**Manfred Degen** (SPD) erinnerte an die Ankündigung der Landesregierung, noch in dieser Legislaturperiode die Kollegschule zur Regelschule zu machen. „Wir alle warten auf den Abschlußbericht des Kultusministers über den Kollegschulversuch. Ich betone: alle“, stellte er klar und kündigte an, seine Fraktion gehe von einer Vorlage noch in diesem Jahr aus. Der Antrag von CDU und F.D.P. sei überflüssig, dem grünen Entschließungsantrag könne man dagegen zustimmen. Wenn dann die Katze aus dem Sack gelassen werde, fuhr Degen fort, dann „wird das ein ansehnliches Tierchen sein“.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) äußerte die Vermutung, daß die verspätete Vorlage ihren Grund darin haben könnte, daß der wissenschaftliche Abschlußbericht „im Kultusministerium an irgendeiner Stelle umgeschrieben wird, um die politische Entscheidung über die Zukunft der Kollegschule in der Sekundarstufe II negativ zu beeinflussen“. Die politische Entscheidung jedenfalls müsse auf der Basis des unverfälschten Wissenschaftsberichts erfolgen, betonte sie; in dieser Form sollte er auch an das Parlament weitergeleitet werden. Um das Verfahren zu beschleunigen schlug sie vor: „Abschlußbericht sofort vorlegen, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen für den Regelstatus schaffen und drittens die Weiterentwicklung der Konzeption und den Ausbau für doppelqualifizierende integrierte Bildungsgänge sichern.“

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) antwortete: „Ich werde — voraussichtlich noch bis zum Jahresende — einen Sachstandsbericht vorlegen, ihn den Verbänden zuleiten, ihnen Gelegenheit zur Rückäußerung geben, und gleichzeitig werde ich den Ausschuß für Schule und Weiterbildung über den Sachstand informieren und ihm ebenfalls den Bericht zur Kenntnis geben.“ Der nordrhein-westfälische Kollegschulversuch sei einer der bedeutendsten Schulversuche in der Nachkriegszeit. Er brauche keinen Vergleich zu scheuen und verdiene es nicht, „zum taktischen Spielball gemacht zu werden“.

## Grüne wollen ehemalige Rieselfelder erhalten wissen

*An die Ausschüsse ist der Antrag der GRÜNEN-Fraktion (Drs. 11/4450) verwiesen worden, die Datteln-Waltroper Rieselfelder als Natur- und Erholungsraum zu erhalten.*

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) begründete den Antrag, die Rieselfelder als Freifläche zu sichern und unterstrich ihre besondere Bedeutung als Natur- und Naherholungsraum, ihre herausgehobene Bedeutung als klimatische Ausgleichszone; er konnte zudem keinen Bedarf zur Flächenverhaltung für flächenintensive Großbetriebe in diesem Bereich erkennen, wo andernorts solche großen Flächen bereitstünden. „Ich denke, es ist unverantwortlich, Freiflächen in der heutigen Situation ohne Not aufzuschließen“, betonte er; Freiflächen seien ein wichtiger Standortfaktor.

**Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) qualifizierte den grünen Antrag als „Kampfansage und Anschlag auf die Zukunft des Emscher-Lippe-Raumes“. Die Fläche werde für das Industrieland NRW benötigt. Die Region brauche sie, die Region und die Städte um sie herum wollten die absolut vertretbare industrielle Nutzung der Fläche. Es sei ein „bitterer Rückfall“ der Grünen, wieder Arbeit gegen Umwelt auszuspielen; so werde die Industriepolitik der Region und der Regierung „sabotiert“.

**Heinrich Kruse** (CDU) lehnte den Antrag ebenfalls ab, denn dann würde eine Zukunftsoption aufgegeben. Dieser Raum brauche kurz- und mittelfristig Standorte für industrielle Produktion. Er schlug eine Aufteilung der Rieselfelder vor, wobei die Hälfte als Gelände für Großvorhaben bereitzuhalten sei. Kruse warnte vor einer kurzfristigen Betrachtungsweise und sagte: „Landesplanung, Regionalplanung und auch kommunale Planung können nur mit dem Fernrohr vorbereitet werden und nicht mit der Brille für Kurzsichtige.“ Nur in solchen zeitlichen Zusammenhängen könnten Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzsicherung gesehen werden.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) wies das Argument zurück, andernorts gebe es genügend Flächen zur Ansiedlung. Ohne daß Grundstücke zur Verfügung gestellt würden, sei die notwendige Umstrukturierung nicht zu schaffen. Darum benötige man die ehemaligen Dortmunder Rieselfelder: Gerade für die Bereiche Datteln und Waltrop sei dies eine Chance für eine langfristige und nachhaltige Belegung und zur Stärkung der finanziellen Leistungskraft. Das alles führe zu erheblichen Zugewinnen für die dort lebenden Menschen. Von der Gesamtfläche sollte die Hälfte für die Industrieansiedlung zur Verfügung stehen, die andere sollte nach wie vor ökologische Ausgleichsfunktion erfüllen.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) unterstrich den Vorwurf, der grüne Antrag sei ein „arbeitsmarkt- und industriepolitischer Anschlag auf das Emscher-Lippe-Gebiet“.

## Liberales: Mit Parlamentsreform Politikverdrossenheit entgegenwirken

In direkter Abstimmung hat der Landtag am 15. Oktober den F.D.P.-Antrag „Politikverdrossenheit und Parlamentsreform“ (Drs. 11/4455) abgelehnt.

**Dr. Achim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, stellte fest: „Wir brauchen in der parlamentarischen Demokratie auch die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken.“ Aber die SPD in ihrer „Betonmentalität“ blocke alles ab und gehe nicht auf Vorschläge der Opposition ein. Er leugne zwar nicht die Interessengegensätze zwischen Opposition und Regierung, aber es müsse ein Weg der Zusammenarbeit im Interesse der Reform des Staates gefunden werden. Voraussetzung sei eine formale und inhaltliche Parlamentsreform, die es gemeinsam durchzusetzen gelte. Bisher scheine die SPD kein Interesse daran zu haben, daß das Parlament seine Kontrollrechte gegenüber der Landesregierung wahrnehme. Die fehlende Möglichkeit, den Mißbrauch von Regierungsmacht zu kontrollieren, führe zu Politikverdrossenheit ebenso wie der Verzicht auf ein möglichst frühzeitige Koopera-

tion der Regierungsfraktion mit der Opposition.

**Professor Dr. Friedhelm Farthmann**, SPD-Fraktionsvorsitzender, monierte, eine neue Geschäftsordnung würde nichts an den „Unanständigkeiten“ ändern, die es im Parlament gegeben habe; entscheidend sei das Verständnis von Parlamentarismus, das man habe. Es sei im übrigen „Unfug“ zu sagen, die SPD-Fraktion vollziehe nur nach, was die Regierung tue. Die Opposition diffamiere nur die Landesregierung und stelle keine sachlichen Alternativen zur Diskussion. Es sei „absurd“, wenn die Regierungsfraktion die Regierung nicht unterstützen würde, fuhr Farthmann fort und interpretierte seinen Vorschlag zum Neuanfang als Aufforderung, mit den persönlichen Diffamierungen endlich Schluß zu machen: „Wir wollen nicht Herrn Schönhuber und seinen Rattenfängern einen Vorwand geben, sondern wir wollen uns hier um die Sache auseinandersetzen.“

**Lothar Hegemann** (CDU) erklärte die Bereitschaft zur sachlichen Arbeit — dazu

habe der Wähler allen im Parlament den Auftrag erteilt. Aber die SPD verweigere sich diesem Auftrag und stelle auf Anweisung von Minister Clement die Arbeit an der neuen Geschäftsordnung ein: Clement sei der Verantwortliche für die Eskalation, befand der Sprecher und sagte voraus, man werde sich wieder an einen Tisch setzen müssen — „ob wir wollen oder nicht“. Man müsse wieder zu einem Minimalkonsens im Parlament kommen, die Regierung könne ja so weitermachen wie bisher. Die SPD solle aus ihrer „Trotzecke“ herauskommen, auch wenn es schwerfalle.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) fand, man solle nicht darüber streiten, wer im Hause das Klima kaputtgemacht habe. Die SPD müsse auch ein bißchen Selbstkritik aufbringen und darauf achten, welchen Ton etwa der Umweltminister in die Debatten bringe: Das sei ein ganz wesentlicher Beitrag zur Klimaverschlechterung. Vesper rief alle Abgeordneten dazu auf, das Thema Parlamentsreform zu bearbeiten und den Antrag zu beraten.

## Umwandlungen künftig nicht ohne Laufbahnprüfung

In zweiter Lesung hat der Landtag am 14. Oktober den zweiten Nachtragshaushalt für 1992 gebilligt. Die dritte abschließende Lesung war am 16. Oktober.

**Winfried Schittges** (CDU) kündigte Stimmenthaltung an: Der Gesetzentwurf sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber für die CDU gebe es einige Punkte, die sie sich anders geregelt gewünscht hätte, etwa die Defizite bei den Studentenwerken. Bei den Problemen der Polizei hätte man sich erste Konsequenzen gewünscht, aber der Finanzminister habe immer noch kein Gesamtkonzept vorgelegt. Darauf warte man und wolle früh informiert werden.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) erinnerte daran, daß der zweite Nachtrag nur durch höhere Steuereinnahmen möglich geworden sei. Bei der Laufbahnproblematik müsse man den Mut haben, der Polizei zu sagen, was gehe und was nicht. In diesem „hochsensiblen“ Feld sollte künftig nicht mehr mit so heißer Nadel genäht werden, riet der Sprecher und forderte zu einem ehrlichen Dialog auf. Die Landesregierung sei auf dem rechten Weg, darum werde seine Fraktion den Entwurf nicht ablehnen, sondern sich der Stimme enthalten.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) hielt es für eine Mißachtung des Parlaments, die zusätzlichen Mittel für Stilllegung des THTR in Hamm mit „Konjunkturrisiken“ zu begründen. Er forderte eine genaue Begründung für 900 Millionen Verpflichtungsermächtigung für die Steinkohle nach und warf der Regierung in Zusammenhang mit der Strukturhilfe „Irreführung der Öffentlichkeit“ vor. Die Grünen lehnten den Nachtrag ab.

**Ernst Walsken** (SPD) wandte sich den Problemen der Polizei zu: Für die Übernahmen

## Freischuß erst nach dritter Lesung

Auf Antrag der F.D.P. hat der Landtag nach der zweiten Lesung des Zehnten Gesetzes zur Änderung des Juristenbildungsgesetzes (Entwurf der Landesregierung, Drs. 11/3875) die Überweisung an den Rechtsausschuß und eine anschließende dritte Lesung beschlossen.

**Friedrich Schreiber** (SPD) nannte es als Ziel der Gesetzesnovelle, den anerkannt großen Bedarf an ausgebildeten Juristen — auch in den neuen Bundesländern — durch die Möglichkeit eines schnelleren Studiums decken zu helfen. Da solle man keine weitere Zeit verlieren und für eine zügige Verabschiedung sorgen, die allerdings bei einer möglichen dritten Lesung nicht gewährleistet sei.

**Heinz Lanfermann** (F.D.P.) warnte davor, bedenkliche rechtspolitische Vorstellungen im „Eilverfahren“ durch das Parlament zu bringen. So habe der Justizminister zu den einzelnen Vorschlägen der SPD-Fraktion noch nicht Stellung beziehen können, sie seien überraschend erfolgt und ohne

in den gehobenen Dienst müsse in Zukunft eine Laufbahnprüfung abgelegt werden, denn „Massenumwandlungen“ ohne Prüfung zögen zwangsläufig Forderungen in anderen Verwaltungsbereichen nach sich; dessen müsse man sich bewußt sein. Man dürfe auch nicht glauben, das Kienbaum-Gutachten sei angesichts der engen „Verschwiegenheit“ des Gutachters mit der Polizei sachlich unangreifbar.

**Finanzminister Heinz Schleißer** (SPD) erklärte, der Druckfehler sei längst ausgeräumt: Statt „Konjunkturrisiko“ heiße es „Konkursrisiko“ — aber die Grünen wollten das offenbar nicht anerkennen. Bei der Strukturhilfe würden die Landtagsabgeordneten über jede einzelne Maßnahme informiert.

Begründung. Wenn die SPD nicht „draufgesattelt“ hätte, wäre das Gesetz heute und ohne Gegenstimme verabschiedet worden, stellte Lanfermann fest.

**Helmut Diegel** (CDU) wünschte, daß ein so wichtiges Gesetz „verantwortungsbewußt“ verabschiedet werden kann. Darum sollten die Vorstellungen der SPD-Fraktion noch einmal im Rechtsausschuß beraten werden. Auch wenn die dritte Lesung erst im November stattfinden könne, dann sei das noch rechtzeitig und stelle sicher, daß das Gesetz von möglichst vielen Fraktionen getragen werden könne.

**Dr. Michael Vesper** (DIE GRÜNEN) stellte klar, man wolle nicht das parlamentarische Verfahren blockieren, aber es ist schwierig, wenn man einen so komplizierten Änderungsantrag erst einen Tag vor der Beratung erhalten hat. Seine Fraktion sei für den Freischuß, frage aber auch: warum nur für Juristen? Wenn er sich bewähre, dann wäre das sicher auch ein Mittel in anderen Studiengängen. Er begrüße, daß die SPD offenbar zu einer dritten Lesung bereit sei: Es sei im Interesse dieses Gesetzes, wenn es sich auf eine möglichst breite Mehrheit stützen könne.

**Friedrich Schreiber** (SPD) erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zu einer dritten Lesung. Wenn man in Ruhe die Anträge der SPD diskutieren könne, „dann werden Sie sich unseren Anträgen anschließen, davon bin ich überzeugt“.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) erklärte als stellvertretender Ministerpräsident, bei den Änderungen handele es sich um Folgeanträge, die sich aus Entscheidungen des Rechtsausschusses ergeben hätten. Er verstehe das Gefühl, daß das alles sorgfältig geprüft werden müsse. Der Minister bekundete das Interesse der Landesregierung, daß die Regierung so rechtzeitig in Kraft trete, „daß die Studenten auch etwas davon haben“.



„Gute Reden“ seien bei der ersten Lesung über den 168seitigen F.D.P.-Entwurf eines „Selbstverwaltungs-Entwicklungsgesetzes“ gehalten worden, lobte der Innenminister, v.l.: Michael Ruppert (F.D.P.), Heinz Wirtz (SPD), Dr. Jörg Twenhöven (CDU), Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN).  
Fotos: Schlüter

## F.D.P.-Gesetzentwurf zur Verbesserung kommunaler Selbstverwaltung

**Michael Ruppert** (F.D.P.) notierte vielerorts Zuspruch zur Direktwahl von Bürgermeistern und (nach einiger Unruhe wegen anfänglicher Abwesenheit von Vertretern der Landesregierung) den Untergang von Schnoor als einsamer Streiter für mehr kommunale Demokratie. Goldene Worte, eine neue Gemeindeordnung solle nicht nach Parteilinien debattiert werden, habe es von Rau und von der Präsidentin gegeben. Der F.D.P.-Entwurf sei ein Angebot. Das kommunale Management müsse leistungsfähiger sein. Die Kommunalverwaltung sei immer weniger zu schwierigen Entscheidungen in angemessener Frist fähig. Die Bürger sollten auch auf die Auswahl ihrer Vertreter mehr Einfluß bekommen. Die Parteien- und Politikerkritik eines von Arnim bis zu von Weizsäcker könne in Teilen übertrieben sein, gebe aber weitverbreiteter Empfindung Ausdruck. „Immer häufiger und auf immer niedrigerer Ebene werden Stellenpläne, Einstellungen und Beförderungen von politischen Bedingungen abhängig gemacht“, zitierte Ruppert den Langenfelder Stadtdirektor. Der im Entwurf des Innenministeriums vorgesehene Stadtsowjet bringe mehr Verschleierung, wenn künftig niemand mehr wisse, wer hinter verschlossenen Türen welche Entscheidungen getroffen habe.

**Heinz Wirtz** (SPD) erkannte den Fleiß der F.D.P.-Fraktion an. Bei näherem Hinsehen stelle er jedoch große Worte und viel heiße Luft fest. Zum Teil enthalte der Entwurf überflüssige, zum Teil vom Landtag bereits abgelehnte Vorschläge. Von „Weiterentwicklung“ zu sprechen wäre korrekter als von Entwicklung. Für die Festschreibung eines Kommunalausschusses in der Landesverfassung gebe es weder ein Bedürfnis noch eine Notwendigkeit. Der Versuch, Selbstverwaltung zu definieren, sei zwar interessant, aber sehr auslegungsbedürftig. Bei einigen Vorschlägen zur Änderung der Gemeindeordnung stimme die SPD mit der F.D.P. überein: Einwohneranträge mit Befassungs- und Entscheidungspflicht für die Gremien, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid; unmittelbare Mitwirkung der Bürger in kommunalen Angelegenheiten. Mit Einschränkung der Rechte des Rates sei die SPD nicht einverstanden. Auch wolle sie die Rechte der Bezirke stärken. Beim Wahlrecht befinde sich die SPD noch in der Meinungsbildung. Kumulieren und Panaschieren sei mögli-

## Mehr Bürgerrechte gegen kommunalen Filz

Bei der ersten Lesung des F.D.P.-Gesetzentwurfs „zur Verbesserung von Rahmenbedingungen, Inhalten und Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung in NRW“, der fast 170seitigen Drucksache 11/2741, gab es deutliche Kritik an der Praxis kommunaler Politik in NRW durch Sprecher der Oppositionsfractionen. F.D.P.-Sprecher Ruppert: Niemand wisse künftig, wer hinter verschlossenen Türen welche Entscheidungen getroffen habe. Dr. Twenhöven (CDU), Oberbürgermeister von Münster: In vielen Rathäusern zögen geheime Führer die Strippen. Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN): Altgediente Parteifunktionäre der beiden großen Parteien in Aufsichtsräten kommunaler Wirtschaftsbetriebe förderten den Filz. SPD-Sprecher Heinz Wirtz stimmte namens seiner Fraktion mehr Bürgerrechten zu; beim Wahlrecht sei die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen.

cherweise nicht mehr überschaubar. Zum kommunalen Finanzausgleich habe auch die F.D.P. den Stein der Weisen nicht gefunden, zu Mehrausgaben schlage sie keine Deckung vor. Bürokratie werde bereits laufend abgebaut.

**Dr. Jörg Twenhöven** (CDU) meinte, kommunaler Filz dürfe die Landtagsabgeordneten nicht in Ruhe lassen. Bottrop und Bochum seien keine guten Zeichen. Die Kommunalverfassung sei überholt und werde der Wirklichkeit nicht mehr gerecht. Reibungsverluste zwischen Rat und Verwaltung, zwischen Bürgermeister und Stadtdirektor seien allen bekannt. Es gebe zu viele informelle Gremien, die nicht kontrolliert werden könnten. Nach anderthalb Jahren Problembewußtsein und nach einem Parteitag hätte die SPD endlich einen eigenen Entwurf vorlegen können. Der F.D.P.-Entwurf sei respektabel. Nicht nur zwei Verfassungsänderungen und nicht nur eine neue Systematik der Gemeindeordnung, sondern gleich vier weitere Gesetzesänderungen würden aufgegriffen. Statt einer neuen Gemeindeordnung in dem von Rau ausgerufenen „Jahr der kommunalen Demokratie“ habe es 1991 starke neue Befragungen der Gemeindefinanzierung gegeben. Tiefpunkt sei der SPD-Parteitag in Hagen, der die Reform niedergestimmt habe. Die ganze große NRW-SPD sei reformfeindlich. Schnoors Entwurf sei lustlos, eine Petitesen-Politur. Drei Ziele der CDU seien wichtig:

- ★ Vertrauen in den mündigen Bürger, mehr Mitwirkung an kommunalen Angelegenheiten und mehr Wahlmöglichkeiten;
- ★ keine Verberuflichung der Ratsarbeit, sondern Stärkung des Ehrenamtes;
- ★ modernes Stadtmanagement: transparente Entscheidungen mit klarer Zuordnung.

Der mündige Bürger sei auch mit dem Wort von Willy Brandt: „mehr Demokratie wagen“ gemeint. Bei Bürgerbegehren, Bürgerentscheid, Bürgerantrag und mehr Wahlrechten stimme die CDU mit der F.D.P. überein. Rats- und Ausschusarbeit müßten entfrachtet werden. Zeitlich solle möglichst jeder in der Lage sein, ein Ratsmandat zu übernehmen. Laufende Verwaltungsgeschäfte sollten, wie die F.D.P. vorschlage, dem Bürgermeister übertragen werden. Der Hauptauschuß sei nach dem Entwurf nicht stark genug, der Ältestenrat ein nichtöffentlicher Debattierklub. Der Dualismus der Stadtspitze gehöre abgeschafft. In vielen Rathäusern gebe es geheime Führer, die hinter verschlossenen Türen die Strippen zögen, nämlich die Vorsitzenden der Fraktionen, die eine absolute Mehrheit hätten. Gemeinde und Stadt sollten als Dienstleistungskonzern mehr Teamarbeit, Kunden- und Bürgerorientierung erhalten. Wirtschaftlichkeit müsse eine stärkere Rolle spielen. Abschließend drückte Twenhöven eine gewisse Hoffnung auf das von Rau angekündigte Spitzengespräch mit allen Parteien aus.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) bezeichnete die unendliche Geschichte der Kommunalreform als trauriges Kapitel der Landespolitik. Die Positionen gingen quer durch alle Parteien. Offen damit umzugehen, sei eine Chance, etwas gegen Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger zu tun. Der Grünen-Gesetzentwurf zum Volksentscheid in der Kommune und weitere Grünen-Entwürfe seien seit anderthalb Jahren noch nicht einmal an den Ausschuß überwiesen. Dabei gebe es bei Problemen vor Ort das stärkste Interesse an Bürgerbeteiligung. Die etablierten Parteien reagierten sehr arrogant und degradierten Bürgerinitiativen als Interessen-  
(weiter nächste Seite)

## NRW-Beitrag zum Schutz der Atmosphäre

### Pflug: „Wer Treibhauseffekt bekämpfen will, muß im eigenen Haus anfangen!“

Anträge der Grünen (NRW-Beitrag zur Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre, Drs. 11/548), der SPD (Energiesparland NRW mit intelligenter Energienutzung und drastischer Einsparung, Drs. 11/608) und der F.D.P. (Kampf gegen den Treibhauseffekt, Drs. 11/613) vom Beginn der elften Wahlperiode wurden nach der Aussprache im Parlament am 15. Oktober für erledigt erklärt. Der SPD-Redner verwies auf den inzwischen vorliegenden Klimabericht der Landesregierung.

**Johannes Pflug** (SPD) bekundete eine gewisse Ratlosigkeit beim Umgang mit dem Thema. Seit gut einem Jahr drehten sich die Diskussionen über den Treibhauseffekt im Kreise oder um Verfahrensfragen. Angesichts der globalen Ausmaße seien Landesmaßnahmen Sisyphusarbeit. Die Weltklimakonferenz von Rio im Juni 1992 habe nicht sehr ermutigt. Solange ein Fünftel der Staaten sich weigere, ihren verschwenderischen Lebens- und Wirtschaftsstil zu verändern, zugleich aber den Entwicklungsstaaten vorschreibe, was diese tun sollten, blieben sie auch ihren Hauptbeitrag zum Kampf gegen den Treibhauseffekt schuldig. „Wer diesen Treibhauseffekt bekämpfen will, muß im eigenen Haus anfangen“, sagte Pflug, zugleich aber auch den ärmeren Familien in der Völkergemeinschaft durch mehr Entwicklungshilfe ihren Anteil ermöglichen. Die Selbstverpflichtung der EG-Staaten sei ein kleiner Beitrag. Es gebe große technische Potentiale, CO<sub>2</sub> zu reduzieren, denen aller-

dings die wirtschaftliche Umsetzbarkeit entgegenstehe. Weltweit seien die Energiepreise zu niedrig. Die Einführung einer Energiesteuer wäre ein richtiger Ansatz, sie würde prozeß- und produktsteuernd wirken. Auch müßten Einsparungen oberstes Gebot sein. Allein bei Raumwärme könnten 30 bis 50 Prozent gespart werden.

**Dr. Annemarie Schraps** (CDU) wies auf den NRW-Beitrag als Debattenthema hin. Um einen Rundumschlag gehe es nicht. Die Anträge seien nur Kleckerbeiträge und könnten so nicht mehr hingenommen werden. Die CDU fordere eine interfraktionelle Arbeitsgruppe, die die Umsetzung von Aktivitäten der Ministerien begleite. „Fangen Sie an, gemeinsam zu handeln!“ forderte sie die SPD auf. Der Klimabericht fasse wenigstens die Szenarien zusammen. NRW trage mit 18 Millionen Menschen in einer Industrieregion doch entscheidend zur Gefährdung bei. Smog in den Städten, Ozon am Boden im

Sommer, Waldsterben, Gesundheitsgefährdung seien im Lande ausgemacht. Bildungspolitische Offensiven seien gefordert, um das Verhalten der Menschen zu beeinflussen, besonders das Verkehrsverhalten. Selbst bei geringem Wirtschaftswachstum werde es spürbaren Temperaturanstieg geben. Aussteigen aus schwierigen Techniken wie der Kernenergie heiße Verantwortung abgeben. Bei der Energiepolitik gebe es für NRW die größten Möglichkeiten. NRW stehe mit 40 Prozent der bundesdeutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen absolut an der Spitze aller Bundesländer und ersetze Kernenergie durch fossile Träger.

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) betonte den Unterschied zwischen dem F.D.P.-Antrag und den anderen Anträgen, der für einen gesunden Energiemix eintrete. Kernenergie könne einen Beitrag zum Schutz der Erdatmosphäre leisten. Dagegen produziere Kohle als Energieträger das meiste CO<sub>2</sub>. In vielen Bereichen werde Kohle auch verpulvert und bei Braunkohle das Grundwasser durch große Absenkungen gefährdet. In der Verkehrspolitik vermisse er Anreize für das Leben mit dem Auto. Das Auto der Zukunft sei leichter, produziere weniger Abfall, verbrauche wenig Sprit. Beim Wohnungsbau müßten Niedrigenergiehäuser gefördert werden. Entwicklungspotentiale stecken noch in regenerativen Energiequellen, 15 Prozent des gesamten Energieverbrauchs könnten damit erzeugt werden.

**Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN) berief sich auf neueste Vorhersagen, wonach die Bundesrepublik bis zum Jahr 2010 CO<sub>2</sub> nur um acht Prozent reduziere. Der Grünen-Antrag, 1990 eingebracht, sei nicht erledigt. Die Umweltpolitiker des Landtags hätten, auch nach der USA-Reise, alle notwendigen Kenntnisse für den geforderten CO<sub>2</sub>-Reduktionsplan. Die SPD halte ihre Pflicht durch den Klimabericht für getan. Eine neue Klimaschutz-Kommission, wie von der CDU verlangt, werde nicht gebraucht, sondern eine Landesregierung, die die unbestrittenen Maßnahmen des Bundestags-Konsens umsetze. In der Verkehrspolitik habe diese nicht den Mut zum Stopp. Beim Braunkohlen-Konsens werde Energiepolitik der 70er Jahre fortgesetzt. Da sich nichts tue, hätten die Grünen ein Energiespar- und Strukturgesetz vorgelegt. Die drei anderen Fraktionen setzten weiter auf ungebreimstes Wachstum. Braunkohle sei nur deshalb noch auf dem Vormarsch, weil die externen Folgekosten nicht eingerechnet würden. Matthiesen habe das Motto wiederentdeckt: Die Schloten müssen rauchen.

**Wirtschaftsminister Günther Einert** (SPD) vermißte neue Argumente und zählte drei Ansatzpunkte der Emissionsminderung auf: Stromerzeugung und -verwendung, Gebäuwärme und Verkehr. Das sei langfristig zu sehen und bedeute eine riesige Umstrukturierung. Die deutsche Steinkohle mit der Klimaproblematik zu verknüpfen, sei verfehlt. Fossile Energieträger müßten haushälterisch genutzt werden. Neue Kernkraftwerke würden selbst von den Unternehmen nicht beantragt. Importkohle sei das große Problem. Isolierte NRW-Entscheidungen könne es ohnehin nicht geben. Ein in zwei Jahrhunderten gewachsenes Wirtschaftssystem könne nicht in wenigen Jahren so tiefgreifend umgesteuert werden, wie es der Klima- und Umweltschutz erforderten.

## Bürgerrechte ...

Fortsetzung von Seite 7

senpolitik bestimmter Lobbies. Neben dem Bürgerantrag müsse es Bürgerbegehren mit 2,5 Prozent für mittlere Probleme geben. Als dritte Stufe müsse das Volksbegehren geschaffen werden mit dem Quorum von zehn Prozent und Bestimmung zulässiger Problemfelder. Bei der Direktwahl des Bürgermeisters werde ein Patriarch gestärkt. Die Grünen wollten lieber den Rat, die einzelnen Mitglieder stärken. Auch bei der Akteneinsicht zeige sich direkte Demokratie. Bei wirtschaftlicher Betätigung, bei vielen, aus dem Rat herausgelagerten Aufgaben in GmbHS, Eigenbetriebe usw. bestehe die ganz große Gefahr zusätzlicher Verfilzung. In einer Menge Aufsichtsräten säßen altgediente Parteifunktionäre der beiden großen Parteien, die sich langsam einen netten Nebenverdienst sammelten, die Kleinen aus Informationen heraushielten und in Klüngelrunden Entscheidungen fällten. Das sei eine ganz gefährliche Sache. Bei Privatisierung und wirtschaftlicher Betätigung der Gemeinden könne die Tendenz zur Entmachtung des Rats und Förderung des Filz nicht das Ziel sein. Im übrigen habe die F.D.P. die Frauen völlig vergessen. Frauen mit vier Kindern vom Ehrenamt auszuschließen, sei ziemlich diskriminierend. Insgesamt sei die Kommunalverfassung und die Debatte darüber wichtig und solle möglichst ohne Fraktionszwang geführt werden.

**Minister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) bezeichnete den Beitrag von Oberbürgermeister Dr. Twenhöven als gute Rede, auch wenn dieser Salz in offene Wunden gestreut habe. Das Thema müsse ernst genommen

werden. Die Linien gingen mitten durch die Parteien hindurch. Für Abschaffung der Doppelspitze gebe es im Landtag keine Mehrheit, selbst wenn die SPD zustimmen würde. Von zahlreichen Zwischenfragen unterbrochen, forderte Schnoor die Antragsteller zu einem Volksbegehren auf. Nicht in Ordnung sei am F.D.P.-Entwurf Bürokratieabbau in einem Artikelgesetz und gleichzeitig Änderung der Landesverfassung. Mit Kompetenzverlagerung vom Landtag auf einen in der Verfassung verankerten Kommunalausschuß könne er sich nicht anfreunden. Am 30. Oktober 1994 fänden in NRW voraussichtlich Kommunal- und Bundestagswahlen gleichzeitig statt. Zusammenlegung mit der Europawahl sei nicht möglich. Beim Kumulieren und Panaschieren werde reine Listenwahl vorausgesetzt. Die Kombination von Direkt- und Listenwahl sei jedoch mit Bedacht wegen der Wahlkreisbindung eingeführt worden. Als vorläufige Antwort befürchte er viele ungültige Stimmen. Der Vorschlag zum Finanzausgleich benachteilige finanzschwache Gemeinden. Bei Bürokratieabbau sei er im Ziel einig mit dem Gesetzentwurf, es komme aber auf die Einzeldinge an. Berichtspflichten bedeuteten neue Bürokratie.

★

## Wasserschutzpolizei

Der Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag über Aufgaben und Finanzierung der Wasserschutzpolizei-Schule ist an den Hauptausschuß (federführend) sowie an den Ausschuß für Innere Verwaltung nach Erster Lesung ohne Aussprache überwiesen worden (Drs. 11/4245).

## NRW für 0,5 Promille SPD für Tempolimit

Über die beiden Anliegen im SPD-Antrag „Mehr Verkehrssicherheit durch Senkung der Promillegrenze und Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen“ (Drs. 11/3697) stimmte das Plenum am 14. Oktober getrennt ab. Für die 0,5-Promille-Grenze stimmten alle vier Fraktionen des NRW-Landtags, für ein Tempolimit von 130 nur die Mehrheit von SPD und Grünen.

**Hans Jaax** (SPD), Vorsitzender des Verkehrsausschusses, bezeichnete die Aussichten für das Antragsanliegen als nicht besonders rosig. Der Antrag des Landes Berlin im Bundesrat sei dem dortigen Rechtsausschuß überwiesen und noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden. Nach dem Einigungsvertrag werde es ohne neue Regelung wahrscheinlich die 0,8-Promille-Grenze bundesweit geben. Kräfte gegen die 0,5-Promille-Grenze kämen von der Bundesjustizministerin und von Bayern. SPD und Grüne in NRW seien auch für ein generelles Tempolimit von 130 Stundenkilometern. Mit geringeren Tempodifferenzen auf der Autobahn könnten Unfälle vermieden werden.

**Hermann Kampmann** (CDU) erinnerte an das einstimmige Votum zur Absenkung der Promillegrenze auf 0,5, das auch von Verkehrssicherheitsverbänden, von der Weltgesundheitsorganisation und der EG geteilt werde. Ein starkes Tempolimit halte die CDU nicht für sinnvoll. Unfälle passierten auf bestimmten Abschnitten, die besser durch moderne Verkehrslenkungsanlagen zu verhindern seien. Die Rate der Getöteten sei in Deutschland niedriger, obwohl es keine Geschwindigkeitsbegrenzung habe. Statt auf Tempolimit setze die CDU auf die Innovationskraft der Industrie.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) stimmte der Absenkung der Promillegrenze ebenfalls zu, lehnte das Tempolimit jedoch ab, ohne auf einen Zusammenhang mit Unfallzahlen in anderen Ländern abzustellen.

**Gisela Nacken** (DIE GRÜNEN) sagte, es seien dieselben Studien, die einen Zusammenhang zwischen Unfallhäufigkeit sowie Alkohol einerseits und Geschwindigkeit andererseits herstellten. Die CDU argumentiere einmal mit, einmal gegen deren Ergebnisse. Die Grünen seien für Tempo 100. Wenn den Rasern mit dem „Psychoknick im Gasfuß“ durch das Tempolimit die rote Karte gezeigt werde, gehe es auf unseren Straßen vielleicht wieder zivilisierter zu.

**Verkehrsminister Franz-Josef Kniola** (SPD) dankte den Fraktionen für die Unterstützung bei der Senkung der Promillegrenze. Ein Tempolimit reduziere die Geschwindigkeitsdifferenzen und vergrößere damit die Durchflußmenge. Auf dem Kölner Ring und auf der A45 habe es nach Tempobeschränkung 30 bzw. 20 Prozent weniger Unfälle gegeben.

## Zitat

„Was dem Bergmann seine Ziege, ist dem Juristen seine Lehrerin“, begründete im Haushalts- und Finanzausschuß Staatssekretär Dr. Karlheinz Bentle die Abwesenheit von Mitarbeitern des Finanzministeriums während der Herbstferien.

## Drei Fraktionen für Transrapid, aber ohne Landesmittel

Die Beschlußempfehlung des Verkehrsausschusses zum Bau der Magnetschnellbahn, wonach die Räume Köln/Bonn, Düsseldorf, Rhein-Ruhr, Münster und Bremen an die erste Strecke Berlin-Hamburg angebunden und das Projekt in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden solle (Drs. 11/4332), wurde vom Plenum am 14. Oktober mit Mehrheit angenommen.

**Manfred Ludwig Mayer** (SPD) stellte fest: „Der Transrapid ist technisch serienreif“ und sei eine echte Alternative zu bestehenden Verkehrssystemen. Bei einer Finanzierung durch die öffentliche Hand müßten andere Maßnahmen geopfert werden. Nach Meinung der Experten müsse noch geprüft werden, ob eine alternativ geführte Spur ähnliche Kosten-Nutzen-Werte erreiche und ob bei der Magnetbahn Bonn—Berlin bereits die beste Strecke gefunden worden sei.

**Heinz Hardt** (CDU) hielt politische Rahmenbedingungen auf nationaler und EG-Ebene

für den neuen fünften Verkehrsträger für nötig. Nach der wirtschaftlichen Flaute und dem Ende der Maastricht-Diskussionen werde es neue Impulse geben. Im EG-Binnenmarkt solle es 78 Prozent mehr Güter- und 32 Prozent mehr Personenverkehr geben. In 15 Jahren solle es 45,5 statt jetzt 36 Millionen Pkws in Deutschland geben. Der Verkehr sei der drittgrößte CO<sub>2</sub>-Emitent. Auf Langstrecken sei der Transrapid eine wirkliche Alternative. Er sei leiser als Rad-Schiene, brauche weniger Energie und biete besseren Komfort. Nach der Privatisierung der Bahn seien Privatfinanzierungen nicht ausgeschlossen.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) trat ebenfalls für den Transrapid ein und dankte für die gute Arbeit der von der F.D.P. beauftragten Expertenkommission. Das weitere Verfahren sei Sache des Bundes.

**Gisela Nacken** (DIE GRÜNEN) sprach sich gegen den Transrapid in NRW aus. Die Strecke Bonn—Berlin sei verkehrstechnisch unsinnig, ökonomisch unverantwortlich und ökologisch problematisch. Bahnreisende würden umsteigen zu Lasten der Wirtschaftlichkeit der Eisenbahn. Ohne Einbindung in den Nahverkehr nützten Hochgeschwindigkeiten nichts, der Zeitvorteil gehe wieder verloren. Der Bahn müßten Zukunftschancen gegeben werden. Wer für die Bahn sei, müsse gegen den Transrapid sein, der zudem ein unkalkulierbares Haushaltsrisiko darstelle.

**Verkehrsminister Franz-Josef Kniola** (SPD) erklärte, die Bundesregierung habe das Thema vertagt. Beim Bund denke niemand daran, das System einzuführen. NRW warte weiter ab.



Im Rahmen der Klausurtagung des Arbeitskreises Verkehr der SPD-Landtagsfraktion in Siegen besuchten die Abgeordneten auch eine Waggonbaufirma, v.l.: Hans-Dieter Moritz (Wahlkreis Siegen-Wittgenstein II), Direktor Seemann, Charlotte Kann, Günter Weber; stehend: Uwe Herder und Heinz Hunger.

## Angenommen: Verkehr vermeiden durch Leitsysteme, Pendlerströme abfangen, auf ÖPNV umleiten

Der CDU-Antrag „CO<sub>2</sub>-Reduktion und Infarktvermeidung im Verkehrsbereich“ (Drs. 11/3464) wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimmen der Grünen vom Plenum am 14. Oktober angenommen.

**Günter Weber** (SPD) zitierte einen Siegener Unternehmer aus dem Schienenfahrzeugbau, der Vorwürfe der nächsten Generationen vorhersagte wegen der Zerstörung der Umwelt. Der CDU-Antrag habe nach eingehender Beratung breite Zustimmung der Verkehrspolitiker gefunden. Zur CDU sagte er: „Seien Sie willkommen im Boot derjenigen, die versuchen wollen, unsere Umwelt nicht zu vermurksen... Schade nur, daß Sie beim Tempolimit noch etwas draußen sind.“

**Heinrich Dreyer** (CDU) sprach sich gegen Restriktionen und für andere Wege der Vermeidung und Verlagerung von Verkehr aus. Es sei wichtig, das verkehrsträgerbezogene Denken aufzugeben. Es gebe in Deutschland erst ein Güterverkehrszentrum, und zwar nicht in NRW. Investitionen über das Jahr 1995 hinaus und eine Betriebskostenfinanzierung seien erforderlich. Mit einer Verkehrsfinanzreform müsse dem ÖPNV zum

Vorrang verholfen werden. Durch Citylogistiksysteme könnten 60 Prozent des Güternahverkehrs vermieden werden. Der Minister solle Wege zu einem integrierten Gesamtverkehrssystem und ein Nahverkehrsgesetz vorlegen.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) stimmte namens ihrer Fraktion zu.

**Gisela Nacken** (DIE GRÜNEN) nannte den CDU-Antrag einen gigantischen Etikettenschwindel, da CO<sub>2</sub>-Reduktion gar nicht das Ziel sei. Die Dramatik der Klimavergiftung durch CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Verkehrsbereich komme zwar in der Begründung vor. Ein Warenkatalog reiche aber zur Minderung nicht aus. Der Trend zu immer mehr, immer schnelleren, immer weiteren Transporten müsse gebrochen werden. Eine Strategie zur Verkehrsvermeidung werde gebraucht. Die CDU wolle mit einem Hearing zu mehr Landesstraßenbau kommen. Von Leitsystemen würden nur die Hersteller profitieren.

## Bei Vergabe von Sozialwohnungen feste Kontingente an Frauen und Kinder aus Frauenhäusern in NRW

Frauen aus Frauenhäusern, oft mit Kindern, haben es besonders schwer, Wohnungen zu finden, vor allem solche, in denen sie vor ihren gewalttätigen Ehemännern sicher sind. Das wurde bei der Aussprache über den Grünen-Antrag zur Neuregelung der Wohnungszuweisung deutlich (Drs. 11/4453). Der Antrag wurde an die Fachausschüsse überwiesen.

**Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN) kündigte einen neuen Formulierungsvorschlag für den Paragraphen 1361 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) an. Man wolle Ungerechtigkeiten nicht hinnehmen. Frauen wünschten sich vom Staat und seinen Organen Unterstützung bei einer Selbstverständlichkeit: dem Schutz vor männlicher Gewalt.

**Brigitta Heemann** (SPD) meinte, die Grünen hätten in ihrer Antragsbegründung eine zutreffende Beschreibung der Situation in den Frauenhäusern gegeben. Aber es gebe sehr wenige Wohnungen, insbesondere dann auch für alleinstehende Frauen mit Kindern. Zudem sei es mit der Einweisung in die Wohnung allein auch nicht getan. Frauen wünschten sich eher eine Wohnung, die dem Mann unbekannt sei, damit sie sich sicher fühlten.

**Regina van Dinther** (CDU) teilte mit, das Bundesministerium für Frauen und Jugend prüfe zur Zeit, wie die richterliche Zuweisung der Ehwohnung an die mißhandelte Frau und ihre Kinder in der Praxis gehandhabt werde. „Es wäre vielleicht gut, wenn wir einmal Material darüber bekämen, welche Erfahrungen in nordrhein-westfälischen Frauenhäusern mit der Zuweisung der Ehwohnung gemacht worden sind.“

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) verwies auf die großen Probleme. Vor allen Dingen könnten

Frauen, die mißhandelt worden seien und — allein oder mit Kindern — Schutz suchten, kaum wieder in einen ganz normalen Lebensprozeß integriert werden, weil die Wohnungen fehlten.

**Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers** (SPD) unterstrich, die tatsächliche Verweildauer in den Frauenhäusern betrage im Einzelfall bis zu eineinhalb Jahren. Hier müsse sich etwas ändern. „Wir versuchen auf Landesebene zu handeln, indem wir erstens weitere Frauenhäuser ausbauen. Zweitens hat die Wohnungsbauministerin in Abstimmung mit uns einen Erlass herausgegeben, in dem sie die Wohnungsbaubehörden darauf hingewiesen hat, daß Alleinerziehende, Schwangere und Frauen aus dem Frauenhaus zu dem Personenkreis gehören, die wegen besonderer Dringlichkeit bei der Zuweisung von Wohnungen in besonderer Weise berücksichtigt werden müssen“, sagte die Ministerin. Sie sah im übrigen im Paragraphen 1361 für die Gerichte durchaus Spielraum, die Interessen von Frauen und auch Kindern zu berücksichtigen. Auf die Frauenhäuser und die kommunalen Wohnungsamter müsse zugegangen werden, damit diese auch die Rechte, die der Wohnungsbauerlaß gebracht habe, sinnvoll anwendeten, damit bei der Vergabe von Sozialwohnungen möglichst feste Kontingente an die Frauenhausfrauen gegeben würden.



Im Plenum: SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann und die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Birgit Fischer. Foto: Schüler

## Stellenabbau

Der Landtag hat mehrheitlich den Antrag der CDU-Fraktion „Stellenabbau in der expandierenden Ministerialbürokratie des Landes Nordrhein-Westfalen“ auf Empfehlung des Ausschusses für Haushaltskontrolle abgelehnt (Drs. 11/1973).

**Donata Reinecke** (SPD) erklärte, der Antrag der CDU sei in jeder Beziehung eine Altlast. Der Vorwurf gegenüber der Landesregierung, keine Aufgabenkritik zu betreiben, habe schon 1991 nicht zugetroffen. Seit 1986 gebe es Ergebnisse zur Verbesserung der Ministerialverwaltung.

**Peter Bensmann** (CDU) betonte, die Landesregierung habe das vom Landesrechnungshof vorgegebene Ziel, linear 15 Prozent des Personals in der Ministerialbürokratie einzusparen, eindeutig verfehlt. Auch die grundsätzliche Aussage des Landesrechnungshofs sei nicht korrigiert worden, daß von 1981 bis 1991 der Personalfumfang insgesamt um 3,4 Prozent zurückgegangen sei, aber in der Ministerialverwaltung und insbesondere in der Staatskanzlei eine Vermehrung um 18 Prozent stattgefunden habe.

**Rudolf Wickel** (F.D.P.) meinte, eines sei inzwischen geschehen: Der Finanzminister sehe es als laufende Aufgabe, und er tue recht daran. Die Aufgabe bleibe auf dem Tisch. Sie bleibe deshalb auf dem Tisch, weil man auch in der Ministerialbürokratie die Aufgabenkritik brauche.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) sagte, der Zuwachs der Stellen der Ministerialverwaltung werde besonders bedenklich, wenn man sich noch einmal die Geschichte dieses Problems vor Augen führe. Schon im Jahre 1983 habe die Kommission zur Gesetzes- und Verwaltungsvereinfachung, die sogenannte Ellweinkommission, auf Fehlentscheidungen in diesem Bereich hingewiesen.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) sagte, man müsse sich um den gesamten Personalbereich kümmern. Man werde alle Bereiche, natürlich auch die der Ministerialbürokratie, daraufhin untersuchen, ob das, was dort zur Zeit gemacht werde, auf Dauer gemacht werden müsse.

## Institut für Bautechnik

Der Landtag hat dem Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik auf Antrag der Landesregierung (Drs. 11/4339) in erster Lesung einstimmig zugestimmt. Die Ministerin für Bauen und Wohnen, **Ilse Brusis** (SPD) erläuterte, zur Umsetzung der EG-Bauproduktenrichtlinie und wegen der Einbeziehung der fünf neuen Bundesländer sei eine Neufassung notwendig.

## Antrag entsprochen

Der Landtag hat den Antrag der CDU-Fraktion zur Verwendung der verstärkten Investitionshilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (Drs. 11/2015) einstimmig für erledigt erklärt. Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt erläuterte, durch die Änderung des GVFG auf Bundesebene sei dem Anliegen des Antrages der CDU-Fraktion entsprochen worden.

# Keine gravierenden Mängel zur Verweigerung der Entlastung

*Der Landtag hat mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und Grünen der Landesregierung für die Landeshaushaltsrechnung 1989 Entlastung erteilt. Ebenfalls wurde dem Landesrechnungshof für die Rechnung 1989 Entlastung erteilt. Zusätzlich erstattete der Vorsitzende des Ausschusses für Haushaltskontrolle, Walter Neuhaus (CDU), einen mündlichen Bericht.*

**Walter Neuhaus** (CDU) berichtete, nach dem Abschluß der Beratungen habe der Ausschuß mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. bei Abwesenheit der GRÜNEN die Empfehlung ausgesprochen, der Landesregierung für die Landeshaushaltsrechnung 1989 Entlastung zu erteilen. Die im Jahresbericht des Landesrechnungshofs dargestellten Prüfungsfeststellungen hätten sich im wesentlichen als gerechtfertigt erwiesen und den Ausschuß für Haushaltskontrolle veranlaßt, zahlreiche Mißbilligungen und Rügen auszusprechen. Neuhaus fuhr fort, im Gegensatz zur Opposition habe die SPD-Fraktion jedoch die Auffassung vertreten, daß die festgestellten Mängel und deren finanzielle Auswirkungen nicht so gravierend gewesen seien, daß sie eine Verweigerung der Entlastung gerechtfertigt hätten.

**Helmut Diegel** (CDU) machte für die CDU deutlich, daß die Union diesmal ausschließlich einen einzigen Punkt als Begründung

dafür angebe, „daß wir einer Entlastung nicht zustimmen können“. Das liege ausschließlich in der Begründung, die der Landesrechnungshof selbst gegeben habe, daß der Finanzminister eine Rücklagenzuführung in den Haushaltsjahren 1988 und 1989 in Höhe von 300 Millionen Mark bzw. einer Milliarde Mark vorgenommen habe, und zwar am Parlament vorbei. Er habe einfach eine dementsprechende Summe von 1,3 Milliarden Mark in den Haushalt eingestellt.

**Walter Grevener** (SPD) wies darauf hin, daß man bei der Beratung des Prüfungsberichts des Landesrechnungshofs und damit der Landesrechnung der Landesregierung insgesamt 19 Einzelpunkte habe zu beschließen gehabt. Wenn man von der Gemeinsamkeit der Demokraten spreche, dann zeige sich, daß von 19 Beschlüssen 14 Beschlüsse einstimmig gefaßt worden seien, bei denen man sich geeinigt habe und in denen Kritik habe angebracht werden müssen. Letztlich sei man nur in zwei wesentlichen Punkten auseinander gewesen. Das sei einmal das Klinikum Aachen gewesen. Hier handele es sich um ein wesentliches Projekt, das ein solches Jahrhundertbauwerk gewesen sei, daß man eigentlich allen, die daran beteiligt gewesen seien, den herzlichsten Dank aussprechen müsse. Es sei klar, es seien auch Fehler gemacht worden. Das sei nicht zu leugnen.

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) vertrat die Auffassung, daß es trotz aller Sparmaßnahmen, die notwendig seien, richtig wäre, die Prüfungskapazität des Landesrechnungshofs zu erweitern und dies insbesondere genau deswegen, weil man sparen wolle und müsse, nicht nur, weil sich der Landesrechnungshof zu einem großen Teil selbst finanziere mit dem, was er hereinhole oder an Fehlausgaben verhindere, sondern auch wegen seiner präventiven Wirkungen, die man nicht kapitalisieren, die man aber nicht hoch genug einschätzen könne.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) vermißte Substanz beim Ausschuß für Haushaltskontrolle. Die vorgetragenen freundlichen Gesten könnten diese demokratische Substanz eben nicht ersetzen. Die Haushaltskontrolle führe, und zwar leider zu Recht, ein Schattendasein in diesem Parlament. Er meinte die konkrete Haushaltskontrolle, also das, was der Haushaltskontrollausschuß tatsächlich tue, nicht den Anspruch, Haushaltskontrolle durchzuführen. „Der Haushaltskontrollausschuß ist ein zahnloses Instrument“, sagte Busch. Er habe den Eindruck, daß das zumindest von der SPD-Mehrheit auch tatsächlich so gewollt sei.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) sagte, es gebe überhaupt keine Mißverständnisse: Wenn die erwähnten Rücklagen aufgelöst würden, das heiße, also tatsächlichen Ausgaben zugeführt würden, sei es auf gar keinen Fall das Recht des Finanzministers, auch nicht der Landesregierung, dieses zu tätigen. Das könne nur das Parlament tun.

## Liberaler Entwurf...

Fortsetzung von Seite 4

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) erinnerte an die klaren Aussagen von Landesverfassung, Beamtenrahmenrechtsgesetz und Landesbeamtenengesetz zur unparteiischen Amtsausübung von Beamten. Beförderungen und Ernennungen erfolgten nach Eignung, Leistung und Befähigung, die würden in einem formalisierten Verfahren festgestellt, das der Mitbestimmung unterliege. Die Grenze dafür liege bei der Besoldungsgruppe B 2. Da sei es interessant, daß die sonst stets für eine Beschränkung der Mitbestimmung eintretende F.D.P. nun bei den Führungskräften andere mitbestimmen lassen wolle — „natürlich nicht die Arbeitnehmer“, wie der Minister ergänzte. Ob die private Wirtschaft so etwas tue, was hier die Liberalen forderten?

## Personalvertretung

*Der Landtag hat der Überweisung eines Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Novellierung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen an den Ausschuß für Innere Verwaltung nach erster Lesung einstimmig zugestimmt (Drs. 11/4436).*

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) wies darauf hin, mit diesem Gesetz solle die Amtszeit der Personalvertretungen von drei auf vier Jahre verlängert werden. Diese Verlängerung solle die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Dienststellenleitern und Personalvertretungen fördern.

**Jürgen Jentsch** (SPD) sagte: „Wir stimmen der Überweisung zu“.

**Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg** (CDU) schloß: „Die CDU-Fraktion schließt sich dem Votum der SPD-Fraktion an.“

**Hagen Tschöeltsch** (F.D.P.) sagte, auch die F.D.P.-Fraktion stimme dem Überweisungsvorschlag zu. Er forderte indessen unter Hinweis auf den Mitbestimmungsteil dazu auf, alles noch einmal kritisch zu durchleuchten.

**Daniel Kreutz** (DIE GRÜNEN) meinte, leider lasse der Gesetzentwurf im unklaren darüber, welche exorbitanten Einsparungsbeiträge sich die Landesregierung von der Amtszeitverlängerung verspreche. Die GRÜNE Landtagsfraktion lehne den Gesetzentwurf ab, auch wenn sie der Überweisung ihre Zustimmung nicht verweigere.



Meinungsaustausch: CDU-Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg und die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi.  
Foto: Schüler

## Fraktionen wollen in Ausschüssen über Gewaltbereitschaft der Jugend beraten

# Gegen die gebrochenen Tabus sind Dämme nötig

Die Gewaltdarstellungen in den elektronischen Medien nehmen beängstigend zu. Daß Kinder und Jugendliche, die dem unkontrolliert und dauerhaft ausgesetzt sind, nicht unbeeinflusst bleiben, war den Sprechern aller Fraktionen bei der Beratung der beiden CDU-Anträge „Reduzierung und Bekämpfung von Gewalt im Fernsehen“ sowie „Kinder rüsten auf – Gewalt an Schulen wird zum Problem“ (Drs. 11/4374 und 4380) klar. Durchgängig wurde auch die Auffassung vertreten, über das zunehmende Gewaltproblem vor allem an den Schulen des Landes in ein gemeinsames Gespräch, unter anderem in den Fachausschüssen, zu kommen.

**Manfred Kuhmichel** (CDU) erläuterte, im Kern verfolgten die CDU-Anträge das Ziel, die Schulen in NRW mit der Gewaltproblematik nicht alleinzulassen, sie nicht zu allzuständigen Reparaturbetrieben und Therapiestationen abzustempeln, „sondern im Rahmen unserer parlamentarischen Zuständigkeiten auch und gerade die Hersteller von Fernsehprodukten und die Programmverantwortlichen mehr als je zuvor in die Pflicht zu nehmen“. Die CDU begrüße die Vielfalt der Programmangebote, gerade und auch der privaten Sendeanstalten, im Sinne von Informations- und Meinungsvielfalt. „Wir stehen jedoch vehement einer Fehlentwicklung entgegen, bei der pro Woche rund 25 Programmstunden körperliche Gewalt dargestellt wird, und dies leider überwiegend bei privaten Anbietern“, sagte der Abgeordnete. Er forderte einen „runden Tisch“ zum Thema „Gewalt in Schulen in Nordrhein-Westfalen“.

**Dr. Wilhelm Vollmann** (SPD) merkte an, primitiver Sexismus, Mord, Horror, Terror und Totschlag im Fernsehen — insbesondere bei den Privaten —, hätten ja ihre Funktion dort. Die Sender brächten das ja nicht einfach „aus Daffke“, weil sie Freude daran hätten, sondern mit dem Zweck, die Werbung zu verkaufen, die sie ausstrahlten, und mehr Zuschauer zu bekommen. „Weil das alles so ist, ist es unsere Aufgabe, uns in den Fachausschüssen differenzierter mit dem Problem auseinanderzusetzen. Das werden wir tun“, sagte der Abgeordnete.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) begrüßte ausdrücklich, daß die CDU zu diesem komplexen Thema Anträge vorgelegt habe. „Die Frage, auf die wir Politiker nicht so schnell eine Antwort finden werden, ist, welche Wirkungen Gewalt im Fernsehen auf Kinder hat.“ Es sei einfach zu sagen: Das seien die Privaten. Die Abgeordnete regte an, diese Diskussion einmal außerhalb der Öffentlichkeit zu führen, „damit wir befreit über Themen sprechen können, bei denen wir bisher immer alten Schemen nachhängen“, folgte die Abgeordnete.

**Beate Scheffler** (DIE GRÜNEN) betonte, die Anträge griffen in vielerlei Hinsicht zu kurz. Die CDU schreibe nämlich nichts über die gesellschaftlichen Zusammenhänge, in denen die Gewalt im Fernsehen stehe. Natürlich müßten Kinder besonders geschützt werden. Aber sei es eigentlich auch für Erwachsene gut, sich täglich die

brutalsten Szenen anzusehen? „Ich bin mir ganz sicher, daß auch bei Erwachsenen ein Gewöhnungseffekt eintritt“, unterstrich die Abgeordnete. Wer ständig gewaltvolle Konfliktlösungsmuster vorgesetzt bekomme, für den verschiebe sich auf Dauer auch die Toleranzgrenze. Um so mehr sei dies natürlich bei Kindern der Fall, die noch nicht so unterscheiden könnten zwischen Fiktion und Realität.

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) stellte fest: „Ich persönlich habe nichts gegen privates Fernsehen.“ Daß der Prozeß der Liberalisierung des Fernsehmarktes aber natürlich zu diesen Konsequenzen führen würde, sei auch der CDU klar gewesen. Sie sei heute entsetzt über



Momentaufnahme: Die F.D.P.-Abgeordnete Ruth Witteler-Koch. Foto: Schüler

gewisse Auswirkungen — das sei doch das Problem. Der Minister bekräftigte indessen, es gebe keine eindeutigen Antworten auf die Frage des Zusammenhangs zwischen Gewaltdarstellung im Fernsehen und der Zunahme der Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft. Klar sei: Allein das Betrachten aggressiver Darstellungen, beispielsweise im Fernsehen, führe nicht zur Entstehung von aggressivem Verhalten. Es müßten schon einige Einzelfaktoren hinzukommen, beispielsweise das soziale und familiäre Umfeld. Dennoch regte der Minister an, unter Wahrung der Freiheit der Meinung, der Kunst und des Rundfunks alle Instrumente einzusetzen, um nicht auszuschließenden Schäden bei Kindern vorzubeugen.

**Lothar Hegemann** (CDU) betonte für die Union: „Wenn wir vor die Wahl gestellt werden: Jugendschutz oder Kunstvorbehalt?, sind wir uneingeschränkt für den Jugendschutz.“ Es könne nicht so sein, daß in aller Brutalität in Achtkanalton Schädel zerschlagen würden, und wenn es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung komme, der Kunstvorbehalt vorgeschoben werde. „Die Tabus sind gebrochen worden, und wir müssen versuchen, die Dämme wiederherzustellen. Das hat grundsätzlich nichts mit dem

privaten Fernsehen zu tun“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Es sei unstrittig, daß Gewaltdarstellungen in den Medien Einfluß auf Kinder hätten. Aber es sei auch unstrittig, daß die Verantwortung für die Kinder bei den Eltern liege. Wenn die Eltern nicht in der Lage seien, den Fernsehkonsum vernünftig zu kanalisieren, dann werde die Schule allein dies nicht reparieren können.

**Jarka Pazdziora-Merk** (SPD) sagte, auch die Institution Schule könne zu einem friedlicheren Klima in dieser Gesellschaft beitragen. Leider gebe es keine Sofort- und auch keine Patentlösung. Ebenfalls sei mit einem Erlass des Kultusministers die Friedfertigkeit an den Schulen allein nicht zu erreichen, solange die Ausgangsbedingungen im sozialen Bereich für den Wettbewerb nicht gerechter gestaltet würden. „Wie so oft, kann nur ein mühsamer Weg über Bewußtseinsveränderungen besritten werden, müssen Einsichten erfolgen, Zusammenhänge erläutert und Konsequenzen aufgezeigt werden“, sagte die Abgeordnete.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) unterstrich, er halte nichts davon, den Zusammenhang zwischen Gewalt an Schulen und Gewalt in Medien wesentlich auf die Frage von Horrorvideos und Gewaltdarstellungen zuzuspitzen. „So unappetitlich das ist, was es dort vielfach gibt — aber ich will Ihnen sagen, was ich für das Allerschlimmste halte: Ich halte es für das Allerschlimmste, daß ausge-rechnet öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten zur besten Sendezeit Skinheads in Talkshows einladen, um Gespräche mit ihnen darüber zu führen, wie es denn eigentlich so ist, wenn man Brandbomben in Asylbewerberheime schmeißt.“ Der Abgeordnete fragte abschließend, warum man nicht als Landtag, getragen von allen Fraktionen, auch mal eine PR-Kampagne „Wir halten unsere Schule gewaltfrei“ starten könne.

**Brigitte Schumann** (DIE GRÜNEN) meinte, die hier beklagte Gewalt, die von Kindern und Jugendlichen ausgeübt werde, sei eine Antwort auf die Gewalt, die ihnen permanent angetan werde. Auch die Sündenböcke, an denen sich Kinder und Jugendliche heute vergriffen, würden ihnen durch eine ausländische Politik und rassistische Grundstimmung in Teilen der Bevölkerung geliefert. Darüber habe man kein Wort verloren. Der CDU-Antrag sei vom Ansatz her falsch. Die Grünen hätten keinen Sinn darin gesehen, einen Gegenantrag zu stellen.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) betonte: „Wir müssen helfen. Dazu bedarf es des Zusammenwirkens vieler.“ Die Landesregierung habe schon vor längerer Zeit eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Kriminalitätsvorbeugung gebildet. Darin seien viele beteiligt, die überhaupt nur mit der Sache zu tun haben könnten. Er denke, solche Gruppen, bestehend aus Vertretern der Schulen, Eltern, Polizei, Kirchen und Gewerkschaften, müsse man immer vor Ort, je dichter dran, um so besser, haben, damit dort individuelle Hilfsangebote erarbeitet werden könnten.

## Antrag der Grünen über Referendum in direkter Abstimmung abgelehnt

# SPD, CDU und F.D.P. für das Maastrichter Vertragswerk

Die Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. sind für eine Ratifizierung des Vertrages von Maastricht, obwohl das Vertragswerk von den Sozialdemokraten im Landtag nicht als der große Wurf angesehen wird. Die drei Fraktionen lehnten nach der Beratung des Antrages der Grünen „Auch in Deutschland: Volksabstimmung über die Verträge von Maastricht“ (Drs. 11/4449) eine Volksabstimmung über die Verträge entschieden ab. In direkter Abstimmung wurde der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN), Fraktions-sprecherin, machte keinen Hehl daraus, daß die Grünen zu den Maastrichter Verträgen nein sagen: Sie begründete, es würden Entscheidungen auf Europa übertragen, obwohl die demokratischen Strukturen nicht vorhanden seien. Ferner führte Frau Höhn die Militarisierung der Europäischen Gemeinschaft durch die Einbeziehung der WEU, die „Festung Europa“, die sich gegen ärmere Länder immer stärker abschotte, sowie eine ungenügende Einbeziehung der Regionen in Entscheidungen an, die die Regionen selbst wieder betreffen.

**Dr. Manfred Dammeyer** (SPD) erklärte, die in Maastricht eröffnete Dimension der europäischen Einigung solle an Deutschland nicht scheitern — das sei der Kernsatz der Resolution, die die SPD im Deutschen Bundestag eingebracht habe. „Wir halten uns daran. Wir wollen, daß die europäische Einigung vorankommt, wir wollen freilich auch, daß bei der Gelegenheit wirklich die demokratischen Qualitäten eines neuen Europas von uns weiter gestärkt werden.“ Ferner wolle man in NRW, daß die Rechte der Regionen gegenüber Europa ausgebaut würden.

**Norbert Giltjes** (CDU) meinte, man könne ja in Zeiten, in denen eine Kommission in Bonn unsere Verfassung überarbeite, zu der Auf-

fassung gelangen, über die Einführung plebiszitärer Elemente in die Verfassung nachzudenken. Aber gerade die in Dänemark und besonders die in Frankreich durchgeführten Referenden machten deutlich, von welcher Brisanz ein solches Nachdenken sein könne. In schlimmer und unverantwortlicher Weise seien dort Ängste geschürt worden. Das sei die Wirklichkeit vor den Volksabstimmungen gewesen.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer, sagte „ganz eindeutig“, die F.D.P. sei für Europa. Sie sei für die Maastrichter Verträge. „Das sind die Vertragstexte“ (Tschoeltsch weist auf die Vertragstexte), „270 Seiten, viele, viele Paragraphen“. Die F.D.P. glaube, daß ein Referendum darüber nicht die entsprechende Antwort sei. Und man sehe ja in Frankreich, was aus dem Referendum geworden sei. Die Abstimmung sei benutzt worden, um innenpolitische Ziele zu verfolgen.

**Staatskanzleiminister Wolfgang Clement** (SPD) unterstrich, die Landesregierung sehe den Vertrag von Maastricht keineswegs vorbehaltlos. Der Vertrag sei nicht der große Wurf und der Meilenstein, wie der Bundeskanzler habe den Eindruck zu erwecken versucht. Dennoch sei man der Meinung, daß Maastricht jetzt ratifiziert werden müsse, weil man die ohnehin bestehende tiefe Unsicherheit in Europa nicht noch vertiefen wolle und der Ansicht sei, daß dies jetzt nicht riskiert werden könne. Ferner führte der Minister aus, man sei eindeutig gegen eine Volksabstimmung und gegen eine Volksbefragung jetzt, denn diese wäre grundgesetzwidrig.

**Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN) stellte die Frage: „Warum debattieren wir heute über Maastricht?“ Weil die Dänen über Maastricht abgestimmt hätten. Erst danach sei die große Debatte auch in der Bevölkerung über Maastricht losgegangen. Eine solche Chance, die ein solcher Volksentscheid liefern würde, wische man einfach damit weg, indem man sage, er sei grundgesetzwidrig.



Plenares Streiflicht: Die Grünen-Abgeordnete Brigitte Schumann. Foto: Schüler

### Endlich einmal!

Der Landtag hat in zweiter Lesung bei zwei Gegenstimmen den Gesetzentwurf der Grünen zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Fachhochschule Gelsenkirchen (Drs. 11/4302) verabschiedet. Das Protokoll verzeichnete den Zuruf an die Grünen: „Ein Erfolgserlebnis?“ und die Antwort des Parlamentarischen Geschäftsführers der Fraktion DIE GRÜNEN, Dr. Michael Vesper: „Endlich einmal!“

## XY-Meldungen waren keine Öffentlichkeitsarbeit

Der Landtag hat entsprechend einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushaltskontrolle den Bericht des Landesrechnungshofs zur „XY-Meldung zum Wohnungsbauprogramm des Ministeriums für Bauen und Wohnen des Landes Nordrhein-Westfalen“ zur Kenntnis genommen (Vorlage 11/1217). Die Prüfungsanregung war von den Fraktionen der CDU, F.D.P. und GRÜNEN im Juli 1991 ausgegangen.

**Günter Harms** (SPD) traf die Feststellung, zu den XY-Meldungen habe sich die Ministerin entschuldigt. Der entstandene Schaden sei beglichen worden. Drei weitere Punkte hätten nicht zu einer förmlichen Beanstandung geführt. Die Aussage der Opposition, daß Heerscharen von Ministerialbeamten die SPD beraten würden, sei durch den Landesrechnungshof schlichtweg widerlegt worden und auch die Vorwürfe eines angeblichen Filzes seien in sich zusammengebrochen.

**Franz-Josef Britz** (CDU) wies darauf hin, daß die parlamentarische Beratung über

den Sonderbericht des Landesrechnungshofs heute ihren Abschluß finde. Die Feststellungen des Landesrechnungshofs hätten sich auf „XY-Meldung zum Wohnungsbauprogramm des Ministeriums für Bauen und Wohnen des Landes NW“ bezogen. Der Landesrechnungshof habe ausdrücklich festgestellt, daß die XY-Meldungen keine Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums gewesen seien.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) hielt der Ministerin Brusis vor, ihr Haus stehe zu oft in den Schlagzeilen. Gemeinsamer Hintergrund der Headlines sei das miserable Arbeitsklima im Düsseldorfer Bauministerium. Diese Headlines seien Ausfluß einer Personalpolitik, die einen Graben zwischen beamteten Parteigängern der SPD-Mehrheitsfraktion und parteipolitisch neutralen, dem Landeswohl verpflichteten Bediensteten aufgerissen habe.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) betonte, es gehe hier nicht um eine Rüge der Ministe-

rin. Das sei durch die Abstimmung, sei auch durch die Entschuldigung der Ministerin erledigt. Den Grünen gehe es vielmehr um eine Änderung der politischen Praxis. Man verstehe den Bericht auch als Aufforderung, weitere Rechtsverstöße solcher Art, wenn sie denn vorgekommen seien oder vorkämen, festzustellen und aufzuklären, und der jetzt laufende Untersuchungsausschuß lei-ste hierzu einen wichtigen Beitrag.

**Wohnungsbauministerin Ilse Brusis** (SPD) sagte zu den Äußerungen des F.D.P.-Politikers Tschoeltsch, die Tatsache, daß ein kriminelles Delikt mit der Fälschung eines Briefes begangen worden sei, dürfe nach ihrer Meinung noch nicht Anlaß sein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines ganzen Ministeriums zu diffamieren. „Ich glaube, daß ich zu Recht sagen kann, daß in meinem Hause in den letzten Monaten Erhebliches geleistet worden ist, sowohl in der Wohnungspolitik wie auch in der staatlichen Bauverwaltung wie auch im Bereich des Baurechts und der Bauaufsicht“, sagte Frau Brusis.

## Landesentwicklung: Umwelt hat Zukunft

### 18 Millionen Einwohner im Jahr 2000

Der Landesentwicklungsbericht NRW – Perspektiven und Initiativen am Beginn der 90er Jahre (Drs. 11/3390) und die Stellungnahme des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung (Drs. 11/4437) wurden nach der Aussprache im Plenum am 15. Oktober mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen.

**Klaus Strehl** (SPD) hielt den Bericht für den Nachweis ökonomischer und ökologischer Erneuerung einer alten Industrieregion. In NRW herrsche heute ein gutes Wirtschaftsklima. 1991 habe es 18 500 neue Unternehmen gegeben, das seien so viele Neugründungen wie in Hessen und Bayern zusammen. Das Handwerk habe seinen Umsatz um 11,6 Prozent gesteigert. Die Zahl der Beschäftigten sei um 2,2 Prozent gestiegen. NRW sei der elftgrößte Exporteur der Welt, mit drei Prozent am Welthandel beteiligt. Der Bundeskanzler habe den Wandel als vorbildlich dargestellt. In der Umwelttechnik nehme NRW einen Spitzenplatz ein, es gebe dafür rund tausend überregional bedeutende Betriebe. 1990 seien 2,1 Milliarden Mark in Umweltschutzmaßnahmen investiert worden. Neue Arbeitsplätze und neue Betriebe sowie Forschungs- und Produktionsstätten seien entstanden.

**Werner Stump** (CDU) bezeichnete die Landesentwicklung als zentrales Thema, das Perspektiven für die 90er Jahre zeigen solle. Dieser Bericht enthalte unverbindliche Absichtserklärungen, garniert mit vielen Sprechblasen. In diesen Zeiten des Umbruchs wäre jedoch eine ungeschminkte Bilanz bitter nötig gewesen, im Hinblick auf den Binnenmarkt und die Öffnung nach Osten. Der Bericht stelle auf 17,4 Millionen Einwohner im Jahr 2000 ab, der Minister spreche aber von 19 Millionen. Bei der Diskrepanz von 1,6 Millionen Menschen stimme der gesamte Datensalat nicht mehr. NRW solle sich fit machen für Europa. Aber bei acht Planungsebenen sei eine Verwaltungsreform überfällig. Von der Gemeindereform sei nur ein Reförmchen übriggeblieben. Für viele Politikfelder fehlten die finanzierbaren Handlungskonzepte: Entsorgungsnotstand, Wohnungsmangel, Verkehrschaos, Pflege-

notstand, Jugend- und Familienpolitik, Schulpolitik. Mit einem Märchenbuch könne sich ein Parlament nicht auseinandersetzen. Das habe die Qualität einer Auslaufregie-

**Hans-Joachim Kuhl** (F.D.P.) sagte, der Bericht strotze nur so von Schönfärberei. Die Schlagzeilen entsprächen zur Zeit nicht der Nummer eins. Rund 17 000 altlastenverdächtige Flächen seien vorhanden. In ganz Europa gebe es gerade noch 14 Flächen für neue Großunternehmen. In Belgien seien 1991 3,3 Millionen Mark bundesdeutsches Geld investiert worden. Das zeige, wo die Wirtschaft hingehe. Die Verkürzung von Genehmigungsverfahren müsse der Staat machen. Wegweiser für die Bürger, die Industrie, Handel und Gewerbe sei der Bericht nicht. Umweltmanagement werde an keiner NRW-Hochschule gelehrt.

**Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN) hielt den Bericht für eine Sammlung zeitgemäßer Umsetzung von SPD-Programmatik in Alltagspolitik: ein bißchen Frieden, ein bißchen Europa, ein bißchen Umwelt, ein bißchen Gleichberechtigung, ein bißchen Kultur. Neue Antworten auf neue Probleme gebe es nicht. Die Mehrheit schicke sich an, den Druck der Rechtsradikalen mehr zu beachten als politische Vernunft. Gemessen an den Umweltproblemen enthalte der Bericht nur Kinkerlitzchen. Der rasante Niedergang von Werten wie Solidarität und Gerechtigkeit, der zunehmende soziale Abstand zwischen Doppelverdienern und Obdachlosen, Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen ließen Zweifel an richtigen Antworten aufkommen. Die Grünen hätten viele Vorschläge formuliert, die Mehrheit lehne diese ab, dann begegne man ihnen wieder unter fremder Flagge. Auch zum Rückzug aus der Chlorchemie werde die SPD noch kommen.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) antwortete, im Jahre 2000 könne von rund 18 Millionen Einwohnern ausgegangen werden. Im übrigen sei Planung ein Prozeß. Die Strukturpolitik könne sich entgegen allen Unkenrufen sehen lassen. Viele Dauerarbeitsplätze seien gesichert worden. Die Schwerpunkte sozialer Wohnungsbau, Altenpolitik, Kindergartenplätze seien nach wie vor gültig. Der Bund sei unfähig zum Kassensturz, so daß die Länder nicht genau planen könnten. Durch die Politik des Finanzministers werde der Föderalismus ausgetrocknet, würden Länder und Kommunen handlungsunfähig.

## „Völlig ungefährlich“

Der Grünen-Antrag „Kein Giftmüll in Steinkohlezechen – Müllverbrennung führt in die Sackgasse“ (Drs. 11/3353), wonach das Verbringen von Reststoffen aus der Müllverbrennung unter Tage dem Abfallrecht und damit öffentlicher Unterrichtung unterliegen sollte, wurde am 15. Oktober von allen drei anderen Fraktionen abgelehnt. Der SPD-Redner kündigte einen gemeinsamen Orts-termin von drei Ausschüssen an, bei dem sich die Abgeordneten von der völlig ungefährlichen und bergbaulich sinnvollen Einlagerung selbst ein Bild machen wollten.

**Rudolf Apostel** (SPD) hielt den Titel des Antrags für Verschleierung, gemeint sei

Fortsetzung Seite 15

## Energiestrukturgesetz der Grünen abgelehnt

### Warten auf Wärmenutzungsverordnung aus Bonn

Der Grünen-Gesetzentwurf „für eine sparsame, rationelle, sozial- und umweltverträgliche Energieerzeugung und -nutzung in NRW“ (Drs. 11/2540) wurde nach zweiter Lesung am 15. Oktober, wie vom Wirtschaftsausschuß vorgeschlagen, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt. Außer energiesparenden Initiativen zielte der Entwurf auf eine Abwärmeabgabe und die „Rekommunalisierung“ der Energieerzeugung.

**Helmut Kupski** (SPD) berichtete von erheblichen Bedenken im Wirtschaftsausschuß. Über das Ziel einer ressourcenschonenden, risikoarmen, sozial- und umweltverträglichen sowie preiswerten Energieerzeugung seien sich alle einig, per Landesgesetz sei aber eine Wettbewerbsverzerrung zu befürchten. Statt dessen werde eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes vorgeschlagen. Least-cost-planning und Energieagentur sowie modell-Sparen bei Landesgebäuden seien bereits zugesagt, ebenso der Energiepaß für Gebäude und Wohnungen. Beim Stromsparen gebe es ein neues Programm von RWE und Stadt Bonn mit Zuschüssen für stromsparende Geräte, das werde begrüßt. Die SPD sei gegen eine Abwärmeabgabe, aber für eine EG-weite Primärenergieabgabe auf alle nichterneuerbaren Energien.

**Fritz Kollorz** (CDU) bekundete ebenfalls Zustimmung zur Zielsetzung. Die im Gesetzentwurf beabsichtigte Änderung der Struktur der öffentlichen Energieversorgung lehne die CDU jedoch ab, ebenso eine politische Lenkung der Unternehmen und eine Bedarfssteuerung. Die CDU schätze auch die Kernenergie völlig anders ein.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) fuhr fort, sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, Bürokratisierung bei der CO<sub>2</sub>-Minderung und bei

Energieeinsparung, die unklare Abwärmeabgabe werde von der F.D.P. abgelehnt. Energietechnische Mindeststandards zur Einsparung in Gebäuden müßten nach dem Stand der Technik erfüllbar und wirtschaftlich vertretbar sein. Letzteres sei der Fall, wenn der Aufwand bei üblicher Nutzungsdauer die Einsparungen erwirtschaftete. Auf Bundesebene werde die Wärmeschutzverordnung novelliert und eine Wärmenutzungsverordnung vorgesehen. Bei der Demokratisierung der Energiewirtschaft seien filzartige Abhängigkeiten wie bei der Genossenmauschelei in Dortmund zu befürchten.

**Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN) begrüßte die Zustimmung der SPD zu einigen belangvollen Punkten, die jedoch in der Realität noch nicht existierten. Erheblichen administrativen Aufwand bei der Abwärmeabgabe gebe es nicht, die Menge sei mit modernen Meßgeräten leicht feststellbar. Energiespargesetze seien in anderen Bundesländern bereits verabschiedet. Der neueste energiepolitische Sündenfall, das 700-Megawatt-Großkraftwerk in Gelsenkirchen-Heßler zeige, wie notwendig die Abwärmeabgabe sei. Die VEBA wolle offensichtlich wieder einmal betriebswirtschaftliche Vorteile zu Lasten der Volkswirtschaft. Die Dauer vieler Genehmigungsverfahren habe oft mit Taktiken der Betreiber zu tun. In Dortmund übernehme die Stadt ein marodes Fernwärmenetz, nicht aber das 110-KW-Netz. Die Verlustabdeckung gehe verloren. Das Bundeskartellamt habe als Retter in der Not keine Genehmigung erteilt. Im Vorfeld habe es einen unzulässigen und rechtswidrigen Bestechungsversuch der VEW gegeben. Die Entmachtung der Kommunen durch den Verband kommunaler Aktionäre sei vollständig. Im Energiesektor gebe es in Deutschland keine Marktwirtschaft.

Das Schlagwort der „Schlanken Produktion“ („Lean Production“) macht derzeit in der Industrie und in Gewerkschaften die Runde. Gemeint ist damit eine vor allem in der japanischen Automobilindustrie verbreitete neue Art, Massenprodukte herzustellen. Die Vorteile dieser „Schlanken Produktion“ sehen ihre Befürworter in ihrer überlegenen Produktivität. Alles, was nicht unmittelbar mit der Fertigung etwa von Autos zu tun hat, wird ausgelagert. Die Zulieferfirmen und die damit notwendigen Logistikstrukturen werden somit für die Automobilindustrie zu entscheidenden Größen. Amerikanische und europäische Automobilhersteller sehen sich vor allem wegen ihres hohen Produktivitätsrückstandes wieder einmal herausgefordert. Eine zentrale Frage für das Management ist, ob man das japanische Modell kopieren kann und soll, oder ob man sich auf die traditionellen Stärken des deutschen Automobilbaus konzentrieren soll.

Die negativen sozialen Folgen der „Schlanken Produktion“ sind andererseits unübersehbar: Zwar erlebt die qualifizierte Facharbeit eine Renaissance und die Gefahr einer menschenleeren Fabrik scheint gebannt. Auf der anderen Seite drohen jedoch Arbeitsplatzverluste, die zudem regional konzentriert auftreten. Schließlich wächst für Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation und Belastbarkeit der Druck, sich in diesen neuen Arbeitsstrukturen mit erhöhter individueller Verantwortung zurechtzufinden.

Der Ausschuß „Mensch und Technik“ hat sich in seiner Sitzung im „Institut Arbeit und Technik (IAT)“, Gelsenkirchen, bei Experten über den Diskussionsstand zum Thema „Neue Produktionsmodelle“ informiert und einstimmig beschlossen, Anfang nächsten Jahres eine öffentliche Anhörung über die sozialen Folgen der „Schlanken Produktion“ durchzuführen.

Prof. Dr. Franz Lehner, Präsident des IAT, wies auf eine entscheidende Schwäche der „Lean Production“ hin: „Die starke Orientierung an menschlichen Fertigkeiten ist mit einer Übernutzung der Arbeitskraft, insbesondere durch einen hohen Arbeitsdruck, verbunden. Dieses ‚Management by Stress‘ hat für das japanische Produktionsmodell negative Folgen, die dieses Modell zunehmend gefährden.“

Heinz Wirtz (SPD) berichtete als eine weitere Folge der „Schlanken Produktion“ vom geplanten Arbeitsplatzabbau im Bochumer Opelwerk. Durch die gleichzeitige Aufteilung des Werkes sind zudem große Probleme für

## Ausschußbesuch beim Institut Arbeit und Technik Öffentliche Anhörung zu Lean Production

die Arbeitnehmervvertretungen entstanden. Für die Gewerkschaften bedeute diese Entwicklung einen wachsenden Dezentralisierungsdruck. Die Vorsitzende des Ausschusses „Mensch und Technik“, Frau Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN), bemängelte die Orientierung der schlanken Produktion ausschließlich an technisch-betriebswirtschaftlichen Maßstäben. Die Frage nach den ökologischen Folgen dürfe den regionalen und sozialen aber nicht nachgeordnet werden. Annelie Kever-Henseler (SPD) äußerte ebenfalls Zweifel daran, ob die neue Produktionsorganisation wirklich für alle Beteiligten ideal sei.

diesem Geschehen mit dem Hinweis heraushalten, daß es sich um einen rein unternehmensinternen Vorgang handele. Dr. Michael Böckler (IAT) forderte daher auch einen stärkeren Einstieg der Politik in die Diskussionen über die „Lean Production“. Schließlich gehe es um die Frage der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung, die auch die Politik mittragen müsse. Prof. Dr. Franz Lehner wurde konkreter: Die Erfahrungen aus den verschiedenen Landesprogrammen gelte es zügiger in die Praxis umzusetzen. Darüber hinaus müsse die Politik einige ihrer Instrumente überprüfen. Vor allem die Transparenz der verschiede-



Am Sitz des Instituts Arbeit und Technik in Gelsenkirchen (im Bild die Bibliothek im früheren Gebäude der Landeszentralbank) informierte sich der Ausschuß Mensch und Technik über die „schlanke Produktion“ und beschloß, dazu Anfang nächsten Jahres eine öffentliche Anhörung im Landtag durchzuführen.

Foto: Ingrid Albertes

Prof. Dr. Georg Simonis (Fernuniversität Hagen/Institut Arbeit und Technik) verdeutlichte, daß es bei diesen neuen Produktionssystemen nicht nur um eine technisch-wirtschaftliche Änderung gehe. Das gesamte regionale und infrastrukturelle Umfeld (Ausbildungswesen, Beratungsinstitutionen) sei ebenfalls mit einbezogen. Aus diesem Grund könne sich auch nicht die Politik aus

nen Landesprogramme und die Frage nach Bürgschaften für kleine und mittlere Unternehmen diene dem erwünschten Strukturwandel des Ruhrgebietes. Insofern sei der Standort Gelsenkirchen für das IAT ideal; als Gesprächspartner für die regionale Wirtschaft gewinne das IAT, neben seinen wissenschaftlichen Aktivitäten, immer mehr an Profil.

## „Völlig ungefährlich“

Fortsetzung von Seite 14

Steinkohleförderung mit dem Problem der Beseitigung der Filterrückstände. Das Verfahren zur Lagerung unter Tage sei vom Bergbau entwickelt und von der Forschung geprüft. Es sei völlig ungefährlich.

**Hans-Karl von Unger** (CDU) ergänzte, bei der Bevölkerungsdichte komme NRW nicht ohne Verbrennung aus. Die moderne Technik löse Deponieprobleme durch Nutzung des Energievorrats im Abfall. Dennoch werde Platz für Rückstände gebraucht. Diese in Untertagehöhlräume zu verfrachten, sei besser als über Tage kostbare Flächen zu verbrauchen. Doppelter Vorteil sei das Vermeiden unerwünschter Bergsenkun-

gen. Die demokratische Gesellschaft sei stolz darauf, sich Minderheiten wie die Grünen leisten zu können, lebenswichtige Ver- und Entsorgung lasse sie aber nicht in Frage stellen.

**Hagen Tschöeltsch** (F.D.P.) bezichtigte die Grünen der Panikmache. Sie verbreiteten Unsicherheit in der Bevölkerung, das sei unverantwortlich. Unredlich sei auch der Hinweis auf das Abfallrecht. Ohne die Untertage-Deponierung bliebe nur noch Sondermüllexport.

**Gerhard Mai** (DIE GRÜNEN) knüpfte an die Ausführungen zum Genehmigungsverfahren an, das beim Bergrecht ohne Öffentlichkeit ablaufe. Deshalb verlangten die Grünen das Abfallrecht für toxische Filterstäube. Der Verdacht erhärtete sich, daß heimlich Son-

derbetriebspläne durchgezogen werden sollten. In achthundert bis tausend Metern Tiefe verbrachter Sonderabfall sei weder kontrollierbar noch rückholbar. Die Bezahlung für die Abnahme zeige den erheblichen ökonomischen Vorteil durch die Entsorgung.

**Rudolf Apostel** (SPD) kündigte eine gemeinsame Befahrung der Ausschüsse für Wirtschaft, Umwelt und Grubensicherheit am 30. Oktober an.

**Minister Günther Einert** (SPD) erläuterte erneut die Rechtsgrundlage sowie die erheblichen Vorteile für Arbeitsschutz durch Klimaverbesserung, geringere Grubenbrandgefahr und Minderung von Bergsenkungen. Der unzutreffende Begriff Giftmüll sei polemisch. Es handele sich um Reststoffe und nicht um Abfall.

## Modellversuch soll Kindern Orientierung und Lebenshilfe vermitteln

### Brandenburgs Schulbauten befinden sich oft in einem desolaten Zustand

*Im Rahmen einer dreitägigen Informationsreise hat sich eine Delegation des Ausschusses für Schule und Weiterbildung unter dem Vorsitzenden Hans Frey (SPD) über den Aufbau eines demokratischen Bildungswesens im Partnerland Brandenburg kundig gemacht. — Nach dem ersten Teil über diese Reise in der letzten Ausgabe setzt „Landtag intern“ die Berichterstattung fort.*

Auf die Frage, wie für Brandenburg die Umstrukturierung des Bildungssystems mit den vorhandenen etwa 28 000 Lehrkräften zu schaffen sei, führte Ministerin Marianne Birthler aus, durch die Änderung der Strukturen seien die Voraussetzungen für die notwendige Veränderung der pädagogischen Arbeit geschaffen. Schülerzentrierter und kommunikativer Unterricht, spielerisches Lernen, Binnendifferenzierung und Fachleistungsdifferenzierung dürften nicht nur schöne Worte bleiben, sondern müßten in den Schulen des Landes Brandenburg in der Weiterentwicklung des Unterrichts und der Entwicklung des Schullebens Realität werden. Dazu seien reformpädagogische Maßnahmen, Lehrerfortbildung, Nachqualifizierung und Curriculumentwicklung ebenso erforderlich, wie Elterninformation und aktive Gestaltung des Umfeldes von Schulen.

Nächste Station des Ausschusses für Schule und Weiterbildung war der Landtag von Brandenburg. Der Vorsitzende des dortigen Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, Lothar Kliesch (SPD), hatte zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen, in der weitere Fragen der Schulentwicklungspla-

nung erörtert wurden. Ein reger Meinungsaustausch entwickelte sich zu weiteren Diskussionsthemen, wie Gewalt in der Schule, das nordrhein-westfälische Weiterbildungsgesetz, Projekt „Lernen für Europa“ und Schule im ländlichen Raum.

In Begleitung einiger Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport besuchte die NRW-Delegation im Rahmen einer kurzen Brandenburgrundreise Schulen im Lande, um die in den Fachgesprächen gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse vor Ort zu vertiefen und in den Schulen zu erörtern. Der erste Besuch galt der Gesamtschule in Fürstenberg (im Norden von Brandenburg zu Mecklenburg-Vorpommern), die an drei Wochentagen in Ganztagsform geführt wird. Diese Gesamtschule umfaßt die Klassenstufen 7–10 und bildet mit den Gesamtschulen Lychen und Boitzenburg eine gemeinsame gymnasiale Oberstufe. Gegenwärtig werden 233 Schüler/innen in elf Klassen von 22 Lehrern/innen unterrichtet. Seit Beginn des Schuljahres 1992/93 beteiligt sich diese Schule am Modellversuch des Landes Brandenburg im Fach „Lebensgestaltung-Ethik-Religion“. Dieses Unterrichtsfach wird mit je zwei Wochenstunden in der Jahrgangsstufe 7 durchgeführt.

In einem mehrjährigen Modellversuch soll dieser neue Lernbereich erprobt werden, in dem die Schüler/innen verschiedener weltanschaulicher, religiöser und kultureller Prägung sich gemeinsam mit Fragen ihres eigenen Lebens, ihrer Persönlichkeit, des Zusammenlebens in Familie, Gruppe und Gesellschaft beschäftigen und sich dabei

mit Fragen der Ethik, verschiedener Weltanschauungen und den Religionen auseinandersetzen. Der Lernbereich soll Aufgaben der Lebenshilfe übernehmen, die Eltern oft nicht leisten können und auf diese Weise mehr Chancengleichheit herstellen helfen.

Typisch brandenburgische Schulbauprobleme erlebte die Bildungskommission bei ihrem Besuch der Pestalozzi-Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in Lychen. Die naturwissenschaftlichen Fachräume bedürfen dringend einer Grundsanierung, der Neubau einer Turnhalle stellte sich als unabweisbar dar und dem weiteren Aufbau der gymnasialen Oberstufe müssen demnächst elf Klassen der integrierten Grundschule in ein noch herzurichtendes Gebäude weichen. Allem Anschein nach mangelt die Umsetzung allerdings daran, Bedarf und Finanzkonzeptionen dergestalt miteinander in Einklang zu bringen, daß durch bauliche Maßnahmen eine ordnungsgemäße Beschulung sichergestellt werden kann. Aufgrund des Prinzips der kommunalen Selbstbestimmung verbleibt dem Bildungsministerium einzig die Möglichkeit, den kommunalen Schulträger intensiv zu beraten und Planungs- und Finanzierungsmodelle aufzuzeigen.

Mit der Besichtigung des Oberstufenzentrums (OSZ) Hennigsdorf im Kreis Oranienburg sowie Gesprächen über Probleme der regionalen Wirtschaftsstruktur und beruflichen Bildung schloß der Ausschuß für Schule und Weiterbildung sein gedragtes Informationsprogramm ab. Das OSZ Hennigsdorf ist an fünf Standorten untergebracht und bietet die Bildungsgänge Fachschule für Technik, Berufsfachschule und Berufsschule an. Daneben verfügt es über eine gymnasiale Oberstufe sowie über eine Fachoberschule, die zur Fachhochschulreife (Technik) führt. Mit der Kollegschule in NRW ist diese Bildungseinrichtung nicht vergleichbar. Sie wird zur Zeit von 1592 Schülern besucht, davon 163 Schülern der gymnasialen Oberstufe.

Im Landkreis Oranienburg werden etwa 20 000 Schüler/innen beschult. Es sind sechs gymnasiale Oberstufen eingerichtet, davon drei an Gymnasien, eine für zwei Gesamtschulen, zwei an Oberstufenzentren.

Große Probleme bereiten den Verantwortlichen die Langzeitarbeitslosen, die inzwischen resignieren, weil sie nicht glauben, daß ihnen künftig durch die Umstrukturierung des Bildungswesens wieder gute Marktchancen für bestimmte Berufe erwachsen könnten. Nach übereinstimmender Meinung der Schulaufsicht und der Lehrer werde deshalb eine bestimmte „Verhaltenspolitik“ erforderlich sein, um diesen Zustand zu beenden und Abwanderungen in andere Regionen zu unterbinden. Gefördert werden müßten deshalb die duale Ausbildung, die Techniker Ausbildung sowie weiteres ingenieurtechnisches Personal.

☆

## Öffentliche Anhörung Industrieflächen

Als Termin für die Anhörung zum Thema Industrie- und Gewerbeflächen einigten sich die Fraktionen des Wirtschaftsausschusses auf den 20. Januar 1993.



*Eine Gruppe Rußlanddeutscher aus Moskau und Umgebung empfing Siegfried Jankowski (SPD, r.), Landesvorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher Zusammenarbeit mit Osteuropa (ZMO), im Landtag. Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt (3. v.l.) begrüßte die Gäste aus Moskau und führte sie in die nordrhein-westfälische Parlamentsarbeit ein. In der anschließenden Diskussion, an der auch der Landtagsabgeordnete Herbert Heidtmann aus dem ZMO-Landesvorstand teilnahm, wurden aktuelle Probleme der Rußlanddeutschen und mögliche Kooperation und Hilfen von nordrhein-westfälischer Seite besprochen. Im weiteren Verlauf des 14tägigen Besuchs boten sich den Rußlanddeutschen, unter denen sich überwiegend Ärzte, Journalisten und Ingenieure befanden, zahlreiche Gelegenheiten, sich in Deutschland zu informieren und Kontakte zu knüpfen.*

Die erfreulich hohe Nachfrage nach Zuschüssen zum Einbau von Energiesparteknik sprengte, führte der Minister aus, den Haushaltsrahmen von 38 Millionen Mark (1992), so daß potenten Antragstellern (Großfirmen und Stadtwerken) nahegelegt werden müsse, die Energiesparmaßnahmen aus eigener Kraft zu finanzieren. Bei der Breitenförderung, die vor allem „kleinen Leuten“ zugute komme, werde weiter wie bisher gefördert. Wegen der hohen Anschubwirkung habe der Finanzminister weitere 16 Millionen Mark für das REN-Programm umgeschichtet. Jedoch müßten die Empfänger künftig länger auf die Auszahlung warten.

Das REN-Programm habe, so teilte der Minister mit, seit 1988 Investitionen in Höhe von rund 200 Millionen Mark angereizt. Die Zuschüsse für Niedrigbrennwertkessel (6200 Anträge) könnten aus der Förderung herausgenommen werden, da diese sich am Markt behaupteten. Zur Markteinführung werde weiter Energiesparteknik durch Windkraft, Solar, Photovoltaik, Wasserkraft und Meßregulierung gefördert. Die Arbeitsgemeinschaft Solar NRW erhalte mehrere Millionen aus dem Programm.

Beim Personalhaushalt nahmen die Abgeordneten unter anderem die Umwandlung von fünf Angestellten- in Beamtenstellen bei Dosimetrie-Aufgaben und einen Mehransatz von 500000 Mark für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten zum Anlaß, grundsätzlich über „schlankere Verwaltungen“ und die Einschränkung staatlicher Ausgaben nachzudenken. In den Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministers fallen ins-

## Gegen Privatisierung bei Fluggastkontrollen

*Einstimmig sprach sich die Arbeitsgruppe „Fluggastkontrollen“ in ihrer letzten Sitzung am 27. Oktober gegen eine Privatisierungslösung bei der künftigen Organisation des Fluggastkontrolldienstes in NRW und für eine kostendekkende und haushaltsneutrale Lösung aus.*

Die vom Vorsitzenden des Verkehrsausschusses Hans Jaax (SPD) geleitete Arbeitsgruppe stützte sich dabei auch auf den Sachstandsbericht des Verkehrsministers, wonach bei Übernahme der Kontrollen durch eine private Gesellschaft dem Land ungedeckte Kosten von jährlich 15 Millionen Mark entstünden. Außerdem würde diese den Weisungen des Bundes unterliegen. Hinsichtlich der Übertragung der Kontrollen auf den Bundesgrenzschutz sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die sich aus dem noch abzuwartenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur NRW-Verfassungsbeschwerde gegen die Änderung des Luftverkehrsgesetzes ergeben.

## Neues Bundesamt soll nach Bonn

Einstimmig sprach sich der Haushalts- und Finanzausschuß am 29. Oktober für Bonn als Sitz des neu zu gründenden Bundesamtes für das Wertpapierwesen aus. Dem CDU-Vorschlag sagte der Börsenreferent des Finanzministeriums die volle Unterstützung der Landesregierung zu.

## Kritik an Haushaltsgebaren im Wirtschaftsressort

### Millionen für Kohlerückzug ohne Titelschärfe

*In der von Vorsitzendem Dr. Jürgen Schwericke (CDU) zügig geleiteten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 28. Oktober kam es beim ersten Beratungsdurchgang zum Haushaltsentwurf des Einzelplans 08 zu einem Wortwechsel über die neue Titelgruppe „Handlungsrahmen für die Kohlegebiete“ (HRK), in der Fördermaßnahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen aus mehreren Ressorts zusammengefaßt sind. Die Sprecher der kleinen Oppositionsfraktionen bezweifelten die Rechtmäßigkeit gegenseitiger Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit. — Der Ausschuß einigte sich ferner auf den 20. Januar 1993 als Termin für die öffentliche Anhörung zum Thema Industrie- und Gewerbeflächen. — Minister Einert kündigte eine neue Förderkonzeption und Änderung der Richtlinien zur Anwendung des REN-Programms (Rationelle Energienutzung) an.*

gesamt 1818 Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter des Ministeriums, der Bergverwaltung, des Geologischen Landesamts, der Eichverwaltung und des Staatlichen Materialprüfungsamts. Für Personalausgaben sind im Haushaltsentwurf 1993 rund 150 Millionen Mark veranschlagt. Das entspricht einer Personalkostenquote von 4,8 Prozent. Mehrkosten entstanden auch durch „Personalauswahl nach dem Assessment-Center-Verfahren“, wobei, wie dem Fragesteller Tschoeltsch (F.D.P.) erläutert wurde, sich Bewerber des höheren Dienstes fünf Tests unabhängig von ihrer fachlichen Qualifikation unterziehen. Mit den aufgrund von Kreativität, Flexibilität, Führungs- und Kommunikationsfähigkeiten ausgewählten Beamten habe das Ministerium sehr gute Erfahrungen gemacht.

Die Titelgruppe 61 im Kapitel Wirtschaftsförderung „Handlungsrahmen für vom Kohlerückzug betroffene Regionen“ (HRK) löste zahlreiche Fragen aus den Reihen der Opposition aus. Es handelt sich um die Regionen Emischer-Lippe, östliches Ruhrgebiet, Aachen-Heinsberg und Niederrhein, denen nach der Kohlerunde 1991 Zechenschließungen und Rückgang der Fördermengen bevorstehen. Wie schon im Vorjahr kritisierte F.D.P.-Sprecher Hagen Tschoeltsch, bei Übertragbarkeit und gegenseitiger Deckungsfähigkeit der 15 Ansätze aus verschiedenen Ressorts mit einem Gesamtvolumen von 159 Millionen Mark gingen Übersicht und Kontrolle des Parlaments verloren. Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) sah Verstöße gegen Grundsätze des Haushaltsrechts, etwa gegen das Ressortprinzip. Eine Gliederung des Haus-

halts nach Regionen sei dort nicht vorgesehen.

Dagegen wiesen Ernst-Otto Stüber und Loke Mernizka (SPD) auf die auch von der Opposition häufig geforderte größere Finanzierungsflexibilität hin, die regional angepaßtes Handeln ermöglichen solle.

Auf die Nachfrage von Hans-Karl von Unger (CDU) nach dem Erfolg der Förderung von „Modellversuchen im Bereich neuartiger, erwerbswirtschaftlich orientierter Unternehmensgründungen“ (1992: 3,5 Millionen Mark) zählte Minister Einert Zuschußbestände auf: Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen im Ausbaugewerbe und bei Wohnungsmodernisierung, Verkauf historischer Baustoffe durch Problemgruppen, Sonderfahrzeugbau durch arbeitslose Frauen, Produktion behindertengerechter Bekleidung, eine Agentur für Musikerinnen, die Fertigungsförderung von ökologischem Verpackungsmaterial, ein genossenschaftliches Unternehmen, das neue Wege im Umgang mit Älterwerden, Sterben, Tod und Trauer zum Gegenstand hat, eine Trägergesellschaft für zehn Frauenbetriebe, das zivile Nachfolgeunternehmen eines britischen Reparaturbetriebs für schweres Militärgerät. Das Gesamtvolumen des Einzelplans 08 beläuft sich für das kommende Jahr auf 3,1 Milliarden Mark, das sind 373 Millionen Mark weniger als 1992. Etwa die Hälfte der Summen wird für allgemeine Wirtschaftsförderung, insbesondere des Mittelstands, aufgewendet. Der Bergbau und die Energiewirtschaft werden mit 1,2 Milliarden Mark gefördert. Der drittgrößte Ansatz mit rund 163 Millionen Mark ist für das Technologieprogramm veranschlagt.



*Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (4.v.r.) hat eine Gruppe ungarischer Wirtschaftsjournalisten im Landtag empfangen. An dem politischen Gedankenaustausch nahm auch der CDU-Abgeordnete Franz Püll (Mitte Hintergrund) als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr teil. Die ungarischen Gäste hielten sich auf Einladung des Westdeutschen Handwerkskammertages zu einem einwöchigen Seminar in Düsseldorf auf.*

Foto: Schüler

## SPD-Fraktion

### Mehr Sicherheit durch effektiven Polizeieinsatz

In der angespannten Personalsituation der Polizei mit weiter wachsenden Anforderungen müssen sich die Beamten auf die Aufgaben konzentrieren, für die sie gesetzlich zuständig sind. Diese Aufassung vertritt die SPD-Landtagsfraktion. „Wir glauben, daß damit das Personaldefizit bei der Polizei erheblich, möglicherweise um einige tausend Stellen, verringert werden kann“, erklärte Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann. Die Landesregierung soll gebeten werden, Auf-

gabenstellung und -wahrnehmung bei der Polizei durch den „Arbeitsstab Aufgabenkritik“ der Landesregierung untersuchen zu lassen. Nach Mitteilung des innenpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Stefan Frechen, sollte die Abgrenzung polizeilicher Tätigkeiten von Aufgaben der Ordnungsverwaltung und der Justiz in die Überprüfung einbezogen werden. Überprüft werden müßten zudem die Aufnahme von Verkehrsunfällen durch die Polizei, die Beteiligung an kommerziellen Großveranstaltungen sowie der Personen- und Objektschutz. Darüber hinaus soll der „Arbeitsstab Aufgabenkritik“ prüfen, in welchem Umfang und in welchen Bereichen Angestellte eingesetzt werden können, um Polizeibeamte von Aufgaben zu entlasten, für die sie nicht ausgebildet sind. Stefan Frechen: „Es zeigt sich, daß die Polizei

in nicht mehr vertretbarem Umfang Aufgaben wahrnimmt oder für Aufgaben herangezogen wird, für die sie nicht oder nur subsidiär zuständig ist.“

★

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfram Kuschke, wirft der Bundesregierung vor, ihre Koalitionsstreitigkeiten auf dem Rücken der alten, pflegebedürftigen Menschen auszutragen. Es sei unverantwortlich und ein Skandal, daß die mehrfach angekündigte und längst überfällige bundesgesetzliche Regelung der Altenpflegeausbildung am Veto der CSU-Bundesminister im Kabinett scheitere. Die Haltung der CSU sei zudem ein Schlag ins Gesicht tausender Auszubildender in der Altenpflege, weil eine gesetzliche Grundlage zur Finanzierung einer Ausbildungsvergütung in der Altenpflege verhindert wird.

## CDU-Fraktion

### Gleichstellungsministerium: CDU fordert Konsequenzen

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Hartmut Schauerte, erklärt:

Der Stellenbestand des Gleichstellungsministeriums hat sich von 1990 bis 1992 von 18 um 36 auf 54 erhöht. Das ist eine Stellenexplosion, die in der Landesverwaltung ihresgleichen sucht. Die auch inhaltlich weitgehend erfolglose Ministerin Ridder-Melchers gibt mit ihrem Verhalten ein miserables Beispiel

und straft alle Ankündigungen des Finanzministers Lügen, jetzt ernst zu machen mit dem Sparen.

In einem umfangreichen Bericht über seine Untersuchungen beim Gleichstellungsministerium stellt der Landesrechnungshof zahlreiche Verstöße gegen das Haushaltsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen fest. So kommt der Landesrechnungshof beispielsweise zu dem Ergebnis, daß im Personalbereich drei bis vier Stellen mangels notwendiger Arbeit offensichtlich entbehrlich sind und sofort eingespart werden müssen (Einsparungen bis zu 300 000 Mark je Jahr) und daß bei der Beschaffung von Druckern und Software insgesamt fast 30 000 Mark hätten eingespart werden können. Im Personalbereich sei darüber hinaus die Notwendigkeit von drei

bis vier weiteren Stellen vom Ministerium durch nachvollziehbare Arbeitsfallerhebungen zu begründen. Zu beachten ist schließlich: Die Einrichtung einer Beamtenstelle erfordert auf die Lebenszeit bezogenes Personalmitel von vier bis fünf Millionen Mark. Der Landtag ist aufgerufen, im Rahmen der Haushaltsberatungen 1993 die notwendigen Konsequenzen aus dem LRH-Bericht zu ziehen. Die CDU-Landtagsfraktion betrachtet die LRH-Untersuchung hierfür als hervorragende Grundlage. Der offensichtlich aufgeblähte Stellenplan des Gleichstellungsministeriums muß auf das unabdingbar notwendige Maß heruntergefahren werden.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

## F.D.P.-Fraktion

### Landesrechnungshof gibt F.D.P.-Kritik recht

Herbe Kritik daran, daß das Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann sich zunehmend zu einem Bürokratiemoloch entwickle, äußerte der Landesrechnungshof von Nordrhein-Westfalen in einem Untersuchungsbericht zur Aufbauorganisation und Personalkonzeption des Ministeriums. Diesen Bericht, der im Oktober den Abgeordneten des Landtags zugeht, sieht die F.D.P.-Landtagsfraktion als eine Bestätigung ihrer

Forderung an, dieses Ministerium ersatzlos zu streichen.

Als ob die SPD-Landesregierung noch nie etwas vom Parkinsonsyndrom gehört hätte, hat im Frauenministerium eine Stelleninflation nie dagewesenen Ausmaßes stattgefunden. Verfügte die Ministerin damals als Staatssekretärin noch gerade über 18 Planstellen, so steht sie heute einem 56köpfigen Frauenressort vor. Und das, ohne daß es zu einer qualitativ verbesserten oder inhaltlich anderen Arbeit gekommen wäre.

In dem knapp 30 Seiten umfassenden Untersuchungsbericht äußert sich der Landesrechnungshof dediziert zur Aufgabenstellung des Ministeriums, zum Personalhaushalt, zum Sachhaushalt sowie insbesondere

zur Aufgabenverteilung. Gleichzeitig appelliert der Landesrechnungshof an die Gleichstellungsministerin, die derzeitige Verteilung der Aufgaben zu überdenken und effektiver zu organisieren.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion wies in ihrer Stellungnahme erneut darauf hin, daß der saarländische Ministerpräsident Lafontaine sein Frauenministerium bereits vor geraumer Zeit mit der Begründung aufgelöst hat, die Gleichstellung von Frau und Mann sei eine Querschnittsaufgabe. Die F.D.P. hofft, daß der Ministerpräsident endlich Konsequenzen ziehen und der mehrfach vorgetragenen Forderung der F.D.P. nach der Reorganisation der Landesregierung zumindest in diesem Punkte Rechnung tragen werde.

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Katastrophale Bilanz des Umweltministers

Die Grünen haben durch ihren haushaltspolitischen Sprecher, Manfred Busch, nachgewiesen, daß gegenüber den Vorjahren nur noch die Hälfte der Ausgaben geplant sind. In einem Schreiben an die Zeitschrift „Öko-Test“ wird nun die Verantwortung für diese umweltpolitische Bankrotterklärung auf den Bund abgewälzt. Tatsächlich ist die Behauptung des Ministeriums, für umweltrelevante

Ausgaben gäbe es „keine Kürzung, sondern eine Steigerung“, unrichtig. Mit einer wahrheitswidrigen Auskunft versucht also das Matthiesen-Ministerium, von der radikalen Kürzung der Umweltausgaben im Haushaltsentwurf 1993 abzulenken. Konkret liegt der aktuelle Betrag um mehr als die Hälfte unter dem für 1985.

Selbst wenn die inzwischen ausgelaufenen Strukturhilfemittel des Bundes bei einem Vergleich der Haushalte ausgeklammert werden, bleibt die Feststellung richtig, daß die umweltrelevanten Ausgaben noch niemals so niedrig waren wie im aktuellen Haushaltsentwurf 1993. Manfred Busch: „Die

Umweltausgaben waren seit 1985 noch niemals so niedrig wie 1993. Diese Aussage ist leider in jedem Fall richtig — gleich ob die Definitionen der Landesregierung von Umweltausgaben oder die von uns zur Grundlage des Vergleichs gemacht werden. 1985 wurden 683,9 Millionen Mark ausgegeben. 1993 sind 322,2 Millionen Mark geplant. 1992 sollten noch 1045,2 Millionen Mark ausgegeben werden. Diese Angaben beruhen auf der Definition der Landesregierung vom 17. Juli 1991. Dieser Vergleich zeigt die umweltpolitische Bankrotterklärung der Landesregierung und den politischen Abstieg des Umweltministeriums.“

## Sonderabfall

*In den vergangenen zehn Jahren sind aus Nordrhein-Westfalen rund 289 000 Tonnen Sonderabfall nach Frankreich exportiert worden. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des F.D.P.-Abgeordneten Hagen Tschöeltsch hervor (Drs. 11/4543).*

In seiner Anfrage hatte der F.D.P.-Politiker darauf hingewiesen, die jüngsten Ereignisse über den Mülltourismus von Deutschland nach Frankreich zeigten, daß auch in NRW die Entsorgung von Sondermüll gefährdet sei. Gleichzeitig werde deutlich, daß ein grenzenloser Transport von Abfall mit der Öffnung des EG-Binnenmarktes zu befürchten sei. Auch NRW, im Sondermüllaufkommen die Nummer 1 in der Bundesrepublik, habe 1991 allein 200 000 Tonnen Sondermüll in das westliche Ausland exportiert. Nach dem rigorosen und durchaus richtigen Handeln der Umweltministerin von Frankreich, Madame Royal, die die französische Grenze für Abfall geschlossen habe, könnten sich Konsequenzen für die nordrhein-westfälische Entsorgung ergeben.

Für die Landesregierung hält das NRW-Umweltministerium dagegen, das Importverbot Frankreichs beziehe sich auf Hausmüll. Darüber hinaus habe die französische Regierung die Rücknahme der illegal gelagerten Verpackungsabfälle gefordert. Aus Nordrhein-Westfalen sei jedoch weder Hausmüll noch Verpackungsabfall nach Frankreich exportiert worden.

Ob wohl NRW aufgrund seiner Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur ein Schwerpunkt der Sonderabfallentstehung im Bundesgebiet sei, habe bisher die Entsorgungssicherheit hergestellt werden können.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 12. November 1992, um 9 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

### LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 11 43.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: # 5 68 01\*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche



Günther Langen (CDU)

*„Schwarz wie die Nacht und heiß wie die Liebe.“ Das Firmenmotto der größten und einzigen Kaffee-Rösterei des Hochsauerlandes paßt haargenau auf ihren Besitzer. Denn Günther Langen (57) ist nicht nur CDU-Landtagsabgeordneter im „schwarzen“ Medebach — er ist auch Vater von fünf Kindern. „Wer schaffen will, muß fröhlich sein“, weiß der singende Bürgermeister, der auch in der Landeshauptstadt Düsseldorf bei Fraktionstesten der Christdemokraten den Ton angibt.*

*Doch wie kommt ausgerechnet eine Kaffee-Rösterei ins Sauerland? Nach der Fachhochschulreife hatte es Langen zum Außenhandel nach Hamburg gezogen. Dort fand der Lehrling Gefallen an Tee und braunen Bohnen und sollte eigentlich als Tee-Tester ins ferne Kalkutta wechseln. Die Liebe machte einen Strich durch die Rechnung — Langen zog es zu Rosemarie ins Sauerland, wo er 1959 die Güla-Kaffee-Rösterei gründete. Und daß die Zahl der Röstereien seitdem in Deutschland von 3 000 auf 100 schrumpfte, stört Langen nicht die Bohne. Sein Kaffee dampft.*

*Seit 1962 Mitglied der CDU, Kreisvorsitzender, Ratsherr, Kreistagsabgeordneter, Bürgermeister und ab 1990 Landtagsabgeordneter. Multifunktionaler Langen hat seinen Weg gemacht — und ist zu seinen Wurzeln zurückgekehrt. Denn geboren ist der Kaufmann in unmittelbarer Nähe des Düsseldorfer Landtags, erst 1939 zog die Familie nach Medebach. Im Wahlkreis 143 verfügt die Union über satte 53,3 Prozent der Stimmen. „Da habe ich im Landtag eine neue Erfahrung gemacht, daß wir bei Abstimmungen immer unterliegen“, erinnert sich der begeisterte Fußballfan, der für den FC Landtag — auf eigene Kosten — sogar in Simbabwe vor 40 000 Zuschauern gegen das Leder trat. Hier hat der frühere Kicker der 1. Mannschaft vom TuS Medebach auch sein „erstes Tor auf afrikanischem Boden geschossen“.*

*Als CDU-Kreisvorsitzender im Hochsauerland betreut Langen 8 000 Mitglieder. Im Landtag arbeitet der Sauerländer im kommunalpolitischen und im Verkehrs-Ausschuß. „Ich fühle mich als Wahlkreisabgeordneter“, weiß Langen um die Vorteile der kurzen Wege als Abgeordneter in die Ministerien. Auch deshalb möchte der Medebacher 1995 noch eine zweite Runde im Parlament drehen. Weil Langen aber auf keiner Landesliste abgesichert ist, muß wieder die eigene Mehrheit her. „Auch im Sauerland muß mancher umdenken, ein schwarzer Besenstiel reicht da nicht mehr.“ Also hängt sich „Güla“ rein und macht seinen Job.*

*Nicht nur Langen beklagt, daß das Sauerland bei der Vergabe von Fördermitteln*

*des Landes benachteiligt wird. 630 Millionen Mark habe die SPD für den Bau der Rheinuferstraße vor dem Amtssitz Johannes Raus bewilligt. Mit dem Geld hätten dringend notwendige Ortsumgehungen errichtet werden können. Benachteiligt werde die ländliche Region aber auch bei Fördermitteln für Kurorte und Abwassermaßnahmen. Langen: „Die SPD pflegt eben ihre Mehrheiten.“*

*In 28jähriger Kommunalpolitik hat der CDU-Politiker („letztes Bollwerk vor Hessen“) aber das Leben mit politischen Wirnissen erlernt. Niemals über Dinge ärgern, die man nicht ändern kann, heißt die Parole. Die Rheinuferstraße wird gebaut, Langen macht weiter. Trotz der SPD-Betonmehrheit im Landtag legt der bodenständige Sauerländer denn auch Wert auf guten Kontakt zum politischen Gegner und bevorzugt den sachlichen Ton im Ausschuß. Auch das frühere Gruppendenken in der eigenen Fraktion sei mit den 40 Einsteigern vom Tisch. Langen: „Das Arbeitsklima ist gut, es gibt kein Stadt-Land-Denken.“*

*Demokratie lebt vom Wandel. Deshalb will Langen den CDU-Kreisvorsitz „irgendwann aufgeben“. Schülergruppen, die den Medebacher Vertreter im Landtag besuchen, empfiehlt der Abgeordnete denn auch, frühzeitig ehrenamtlich Verantwortung zu übernehmen. Die Politik brauche ständig neue Ideen und neue Leute. Der „Senior“ selbst genießt es, am Sonntag „die Seele baumeln zu lassen“. Dann sitzt der Frühschoppenclub der alten Fußballfreunde wie seit Jahrzehnten schon in trauter Runde beim Bier zusammen. Eben: Wer schaffen will, muß fröhlich sein.*

Wilfried Goebels

*(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 6. bis 17. November 1992

- 6. 11. **Brigitte Speth** (SPD), 48 J.
- 8. 11. **Ruth Hieronymi** (CDU), 45 J.
- 11. 11. **Ludgerus Hovest** (SPD), 42 J.
- 12. 11. **Hermann-Josef Schmitz** (CDU), 56 J.
- 14. 11. **Jürgen Thulke** (SPD), 54 J.
- 16. 11. **Gerd-Peter Wolf** (SPD), 41 J.
- 17. 11. **Hagen Müller** (SPD), 48 J.
- 17. 11. **Heinrich Meyers** (CDU), 54 J.

★  
**Johannes Rau** (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, will am 9. November seine Arbeit in der Landeshauptstadt wieder aufnehmen. Er hatte sich in den Sommerferien einer Nierenoperation unterzogen und ist seither im Genesungsurlaub. Anfang vergangener Woche kehrte er von einem Kurzurlaub auf Gran Canaria zu seinem Wohnort Wuppertal zurück.

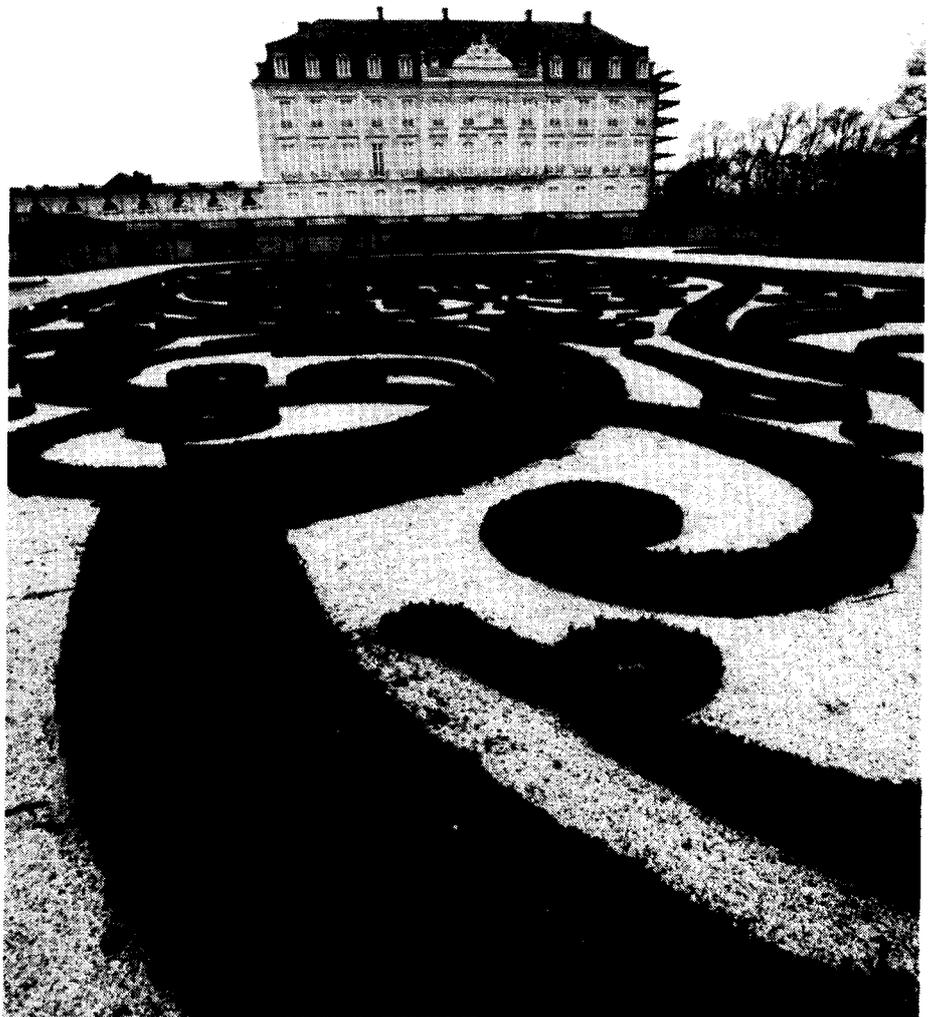
★  
**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag, sowie **Herbert Reul**, CDU-Landtagsabgeordneter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, sind beim Bundesparteitag der Union in Düsseldorf zu Mitgliedern des CDU-Bundesvorstandes gewählt worden.

★  
**Gerhard Wendzinski** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist im Oktober bei einer Tagung des Rates der Stiftung „Wald in Not“ in Erfurt neu in den siebenköpfigen Vorstand dieser Stiftung gewählt worden, deren Vorsitzender der thüringische Ministerpräsident **Dr. Bernhard Vogel** (CDU) ist. Die Stiftung setzt sich für die Erhaltung und Lebensfähigkeit des Waldes in allen seinen Aufgaben zum Nutzen der Allgemeinheit ein. Sie finanziert Forschungsprojekte, um die Gründe des Waldsterbens wissenschaftlich zu untersuchen sowie Aufforstungsmaßnahmen in den Alpen, den neuen Bundesländern und auf ökologisch wertvollen Flächen in Industrieregionen. Gerhard Wendzinski wurde in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in den Stiftungsvorstand gewählt.

★  
**Wolfgang Clement** (SPD), Minister für besondere Aufgaben und Chef der Staatskanzlei, will zum 31. Dezember dieses Jahres sein Aufsichtsratsmandat als Arbeitnehmervertreter bei der Rheinbraun AG sowie zum gleichen Zeitpunkt sein Aufsichtsratsmandat bei der Mannesmann AG niederlegen und damit von sämtlichen Aufsichtsratsposten in Privatunternehmen zurücktreten. Das verlautete aus der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei. Clement wolle vermeiden, daß Zusammenhänge zwischen seiner Rolle als Minister und Mandatsträger in der Wirtschaft „konstruiert“ würden, hieß es dazu.

★  
**Paul Sellmann**, seit 1968 Oberkreisdirektor des Kreises Höxter, ist zum neuen Vorsitzenden der Oberkreisdirektoren-Konferenz von Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Er tritt am 1. Januar 1993 die Nachfolge von **Dr. Horst Griese** aus Wesel an, der den Vorsitz der Landeskonferenz seit 1987 innehatte und zum Jahresende in den Ruhestand tritt. Aufgabe der Konferenz ist die Erörterung kommunalpolitischer Anliegen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Königlicher Glanz in Augustusburg

Schloß Augustusburg bei Brühl im Rheinland hatte am 19. Oktober wieder hohen Besuch. Zu Gast war die britische Königin Elisabeth II. in Begleitung von Prinz Philip. Mit einem festlichen Abendessen endete der erste Tag ihres Staatsbesuchs in der Bundesrepublik in dem rheinischen Barockschloß, dessen Treppenhaus Balthasar Neumann schuf. Seit 1949 wird Schloß Augustusburg wegen seiner Nähe zur Bundeshauptstadt samt des zugehörigen Jagdschloßchens Falkenlust für Staatsempfänge genutzt. 1984 erhielt die schöne Schloßanlage sozusagen ein Gütesiegel der UNO: Sie wurde in die UNESCO-Liste der Weltkulturgüter aufgenommen. Außer Brühl wurde in Nordrhein-Westfalen nur noch der Aachener Dom diese Ehre zuteil. Die Begründung des Rheinischen Amtes für Denkmalspflege, die damals zu Brühls Anerkennung führte: „In Schloß Augustusburg, seinem Garten und Park, und Schloß Falkenlust ist der Gesamtkomplex einer kurfürstlichen Residenz des Rokoko bewahrt, der weitgehend von späteren Überplanungen verschont geblieben ist.“ Falkenlust vertrete exemplarisch die Stilstufe des frühen Rokoko in Deutschland. Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der jetzt die britische Monarchin begleitete, kehrte damit für einen Abend an die Stätte früheren Wirkens zurück. Bis zur Fertigstellung der Villa Hammerschmidt in Bonn hatte er Falkenlust als Amtssitz genutzt. Auch für Elisabeth II. dürfte Schloß Augustusburg kein unbekanntes Terrain gewesen sein. Sie war dort bereits bei einem früheren Staatsbesuch bewirtet worden.